

Walter Süß

»Rapallo«, Entspannungspolitik und Friedensbewegung. Eine Antwort auf F. Fehér und A. Heller*

Der notwendige Disput zwischen oppositionellen Bewegungen im östlichen und im westlichen Teil Europas ist bisher kaum in Gang gekommen. Die Verständigungsschwierigkeiten scheinen auf beiden Seiten der Grenzen zu groß. Theoretiker und Literaten wie Jürgen Fuchs, György Konrad, Seweryn Blumsztajn und Lew Kopolew stoßen hierzulande bei der überwiegenden Mehrheit der Linken meist auf eine Mauer verlegenen Schweigens. Die Forderung nach Solidarität im Namen der Bürgerrechte ruft häufig Skepsis hervor, man verweigert sich ihr nicht offen, aber das Engagement bleibt gering. Diese Mauer der Borniertheit haben Ferenc Fehér und Agnes Heller mit ihrem Text mit Verve zu durchbrechen versucht. Allerdings sind sie dabei, meine ich, von ihrem eigenen Schwung in recht abseitiges, unfruchtbares Gelände getragen worden. Es gibt kaum eine Passage in ihrem Artikel, mit der ich einverstanden wäre. Und gerade deshalb möchte ich eingangs betonen, daß ich diese Diskussion für wichtig halte, daß die Ausgangsprobleme von Fehér/Heller von erheblicher Bedeutung sind, auch wenn ihre Antworten darauf nicht zu überzeugen vermögen, daß die Grenzen zwischen West- und Osteuropa nur dann durchlässiger werden, wenn auch in den Köpfen Blockaden abgebaut werden und dazu gehört auch die Diskussion mit der Opposition.

Dieses Unterfangen ist — wie gerade auch der Text von Fehér/Heller zeigt — wegen der fast diametral entgegengesetzten Lebenserfahrungen alles andere als einfach:

Dort die dem allumfassenden Gängelungs- und Interpretationsanspruch des Partei-Staats mühsam abgerungene eigene politische Position. In sie ist als fundamentaler Anspruch die Forderung nach Meinungs-, Informations- und Koalitionsfreiheit (wie sie staatliche Ordnungen Westeuropas zur Zeit weitgehend bieten) eingegangen. Gegenüber jeder Parallelität zwischen individuell vertretenen Positionen und offizieller (»östlicher«) Propaganda hegen osteuropäische Oppositionelle tiefes — nicht nur politisches, sondern auch moralisches — Mißtrauen, unterscheiden sie doch u.a. an diesem Kriterium »wir« und »die«. Hier eine westliche Linke, die diese bürgerlichen Rechte nicht als Gnade, sondern als erstrittene und zuweilen umstrittene, aber doch selbstverständliche Errungenschaft in Anspruch nimmt, den offiziellen und offiziellen Antikommunismus als die ideologische Klammer, die sie entmündigen sollte, mehr oder weniger mühsam abgeschüttelt oder zum Teil auch nur verdrängt hat und mißtrauisch ist gegenüber jedem allzu schnellen Rekurs auf Elemente der offiziellen Ideologie. Auch weil sie gerade in den letzten Jahren wieder erfahren hat, daß diese Ideologie im Dienste einer ungemein gefährlichen Aufrüstungspolitik reaktivierbar ist. Wer z.B. in diesen Wochen immer wieder in der Zeitung lesen muß, daß das kleine, am Rande des ökonomischen Ruins stehende Nicaragua, das in den letzten 132 Jahren zehn Interventionen der USA über sich ergehen lassen mußte, die »Sicherheit« eben dieses Staates gefährde, dem fällt es in der Tat schwer, noch irgend etwas, was nach dieser propagandistischen Schule klingt, für wahr zu nehmen. Die demokratische Opposition im Osten und die westliche Linke verhal-

* Alle Zitate entstammen aus dem in diesem Heft abgedruckten Aufsatz und sind kursiv gedruckt.

ten sich umgekehrt spiegelbildlich zu den offiziellen Feindbildern ihrer jeweiligen Systeme. Angesichts dieser Grundkonstellation ist meine erste Frage an einen Text, der von Intellektuellen-Ost für Intellektuelle-West geschrieben ist, ob er hilft, diese Kluft zu überbrücken und unterschiedliche Erfahrungen vermittelbar zu machen. Davon aber merke ich bei Fehér/Heller, obwohl sie aufgrund ihrer speziellen Lebenssituation zu Dolmetscherdiensten geradezu prädestiniert wären, wenig. Sie bedienen sich der Clichés westlicher Propaganda und nutzen ihre Kenntnis der »anderen Seite« im Dienste einer »Entlarvungspolitik«. Die Mühe, den Schmerz, den es sie noch kosten müßte, sich mit westlichen Linksinтеллектуellen, die ihnen recht nahe und zugleich gänzlich fern sind, auseinanderzusetzen, spürt man ihrem Text kaum an.

Die einzige Brücke, die Fehér/Heller — nicht ohne eigene Skepsis — anbieten, ist die »*Legitimierung eines jeden Nationalismus*«, mit der Einschränkung »solange er nicht explizit oder implizit die Ausrottung anderer menschlicher Gruppen zum Ziel hat*. Diese Brücke ist nicht gangbar: Nationalismus ist ein Begriff aus der »Wertsphäre«, der die Unterscheidung zwischen höher- und minderwertig impliziert, er steht — um mit Max Weber zu sprechen — bei seinen »Trägern in sehr intimen Beziehungen zu 'Prestige'-Interessen« (Weber 1976, 530). Wer der »Nation« nicht zugehört, wird ausgegrenzt, weil er als »Fremder« nicht teilhat an den gemeinsamen historischen Mythen und Symbolen (Mosse 1976, 10 ff.). Die »Anerkennung der Legitimität jedes Nationalismus« eröffnet eine endlose, sich verschlingende Kette von Diskriminierungen: Deutsche — Türken — Kurden — Armenier, Rumänen — Ungarn — Zigeuner, Russen — Polen — Ukrainer — Juden usw. Gewiß soll nicht unterstellt werden, daß Nationalismus zwangsläufig zur Ausrottung, zum Völkermord, führt, wohl aber behaupte ich, daß jeder Nationalismus die Diskriminierung der »anderen« zumindest latent enthält, aktualisiert je nach historischen Bedingungen und Machtverhältnissen. Und auch die Trennung von Nationalismus und Rassismus ist nicht absolut: War etwa der Nationalismus der deutschen Rechten der 20er Jahre — gespeist durch die Empörung über »Versailles« —, der sich die Ausrottung des europäischen Judentums keineswegs schon zum Ziel gesetzt hatte, der aber dennoch die Atmosphäre mitschuf, die die Machtübergabe an den Nazismus ermöglichte, »legitim«?

Die Bundesdeutschen und die Wiedervereinigung

Das Kernargument in Fehér und Hellers Artikel ist die These, daß die »überwältigende Mehrheit der Deutschen« von dem »*bartnäckigen kollektiven Wunsch nach Wiedervereinigung*« besessen ist. Dieses Argument hat eine doppelte Funktion: Zum einen erklärt dies »Wunsch« scheinbar, welch hohen Preis »die Deutschen« für seine Realisierung zu zahlen bereit wären: die freiwillige Unterwerfung unter sowjetische Hegemonie. Zum anderen bietet es Fehér/Heller die Möglichkeit, sich auf die Analysen und Positionen der bundesdeutschen Friedensbewegung nicht ernsthaft einlassen zu müssen: »*Hinter der Anti-Raketen-Bewegung steckt in Wirklichkeit eine Bewegung gegen das Jalta-Potsdam-System.*«

Um die Frage nach der politischen Stimmungslage der Bundesdeutschen etwas weniger spekulativ anzugehen, nicht Meinung gegen Meinung zu setzen, halte ich es für sinnvoll, die Ergebnisse der Meinungsforschung zu dieser Problematik in die Debatte einzubeziehen. Gewiß sind demoskopische Umfragen mit großer Vorsicht zu interpretieren, aber sie gestatten doch, den persönlichen Erfahrungshorizont und den Rahmen der eigenen theoretischen Ex-

plikation zu relativieren und zu reflektieren¹. Das Institut für Demoskopie in Allensbach hat die Bundesbürger in einer Umfrage im Jahr 1981 sehr direkt gefragt: »Wünschen Sie, daß die Wiedervereinigung kommt, oder ist Ihnen das nicht so wichtig?« Als mögliche Antworten waren vorgegeben: »wünsche es sehr«, »nicht so wichtig« und »andere Antwort«. 62 % der Befragten wählten die Antwort »wünsche es sehr« (Jahrbuch, 209). Ich halte das für das Beispiel einer Umfrage, die nur mit Vorsicht zu genießen ist: Durch die Formulierung der Frage und die Art der vorgegebenen Antworten wurde bereits suggeriert, daß es sich um ein zu wünschendes Ziel handelt (die Antwort: nicht »so« wichtig, impliziert eine individuelle Abweichung von einem als selbstverständlich unterstellten Wunsch). Die Verpflichtung auf die Wiedervereinigung aber gehört in der Bundesrepublik zum Kodex staatsbürgerlicher Tugenden, davon offen abzuweichen widerspricht deutscher politisch-kultureller Mehrheitstradition. Fragt man, ob die Stelle in der Präambel des Grundgesetzes, in der das Wiedervereinigungs-Postulat formuliert ist, »gestrichen werden (sollte)«, dann sind es gar 77 %, die meinen: soll »weiterhin im Grundgesetz« stehen, 9 % sind für Streichung (ebd., 212). Man könnte also meinen, daß Fehér/Heller Recht haben mit ihrer Einschätzung. Allerdings geht es ihnen ja nicht um einen unverbindlichen Wunsch, sondern die Rede ist von »*emphatischem kollektiven Willen*«. Über die Intensität dieses »Willens« geben z.B. politische Prioritätenskalen Auskunft. Eine solche Umfrage im Jahre 1980, ebenfalls von »Allensbach« angestellt, wurde mit der Frage eingeleitet: »Hier auf diesen Karten stehen politische Forderungen. Welche finden sie selbst besonders wichtig?« Von 43 % der Befragten wurde als *eine* Forderung »die Einheit Deutschlands wiederherstellen, die Wiedervereinigung« gewählt. Diese Forderung rangierte aber an 24. Stelle (hinter »Frieden«, Preisstabilität, Steuersenkungen, Mutterschaftsgeld usw.; ebd. 336). Noch deutlicher fällt das Ergebnis aus, wenn man die Frage offen, d.h. ohne vorgegebene Antworten, stellt: »Was halten Sie für die wichtigste Frage, mit der man sich heute in der Bundesrepublik allgemein beschäftigen sollte?« Im Jahr 1981 kamen weniger als 0,5 % auf die Idee, hier die Wiedervereinigung zu nennen. 1965 waren es noch 45 % gewesen². In eine ähnliche Richtung weist eine andere Umfrage, die von dem Meinungsforschungsinstitut EMNID 1965 und dann noch einmal 1983 angestellt wurde.³ Dabei ging es darum, was den Befragten »vordringlicher« erscheint: »eine Vereinigung der DDR mit der Bundesrepublik oder eine europäische Vereinigung« (wobei sich aus dem Kontext ergab, daß mit »Europa« die EG-Staaten gemeint waren):

	1965	1983
»vordringlicher«:		
Vereinigung DDR/Bundesrepublik	69 %	36 %
europäische Vereinigung	24 %	60 %
keine Antwort	7 %	3 %

Zwischen beiden Befragungen liegen die Jahre der »sozialliberalen Koalition« und der »neuen Ostpolitik«. Gerade unter dem Zeichen dieser Politik, die Fehér/Heller als die Vorlaufphase des »*neuen deutschen Nationalismus*« betrachten, setzt also ein qualitativer Umschwung ein, als dessen Ergebnis nun fast zwei Drittel der bundesdeutschen Bevölkerung einer europäischen Vereinigung den Vorzug vor ihrem besonderen »nationalen Anliegen« geben. Das ist allerdings weniger verwunderlich, als manche ausländischen Beobachter glauben mögen, denn das Gefühl, die beiden deutschen Staaten seien Teil einer Nation, nimmt deutlich ab.

In zwei Erhebungen — 1974 und 1984 — wurde von EMNID⁴ gefragt: »Würden Sie sagen, daß die DDR und die Bundesrepublik eine deutsche Nation darstellen oder würden sie sagen, daß beide Staaten nicht einer deutschen Nation angehören?« Die Antworten verteilten sich folgendermaßen:

	1974	1984
»eine Nation«	70 %	42 %
»nicht eine Nation«	29 %	53 %
keine Angabe	1 %	5 %

D.h. bei steigender Tendenz glaubt inzwischen mit 53 % die Mehrheit der Bundesbürger nicht mehr an die Existenz *einer* deutschen Nation. Das ist sicherlich eine ausgesprochen schlechte Basis für die Entstehung eines neuen, auf die »Wiedervereinigung« ausgerichteten Nationalismus. Umgekehrt sind diese Zahlen ein Indiz für einen geradezu dramatischen Bewußtseinswandel. Das wird noch unterstrichen, wenn man die einzelnen Altersgruppen genauer betrachtet: Bei den 50-64jährigen bzw. den über 65jährigen sind mit 42 bzw. 37 % noch diejenigen deutlich in der Minderheit, die Bundesrepublik und DDR *nicht* als Teil einer Nation betrachten. Bei denjenigen aber, die bewußt nie etwas anderes erlebt haben, als die Existenz beider Staaten, kippen die Proportionen ins Gegenteil um: Von den 30-49jährigen sind 56 % der Meinung, es gebe »nicht eine (deutsche) Nation«, und bei der Generation, die das Gros der Friedensbewegung stellt, verstärkt sich dieser Trend noch: dort sind es 61 % (20 bis 29jährige) bzw. sogar 71 % (16-19jährige). Fehér/Heller betrachten Sozialdemokratie und Friedensbewegung als die Avantgarde des neuen Nationalismus. Auch diese Behauptung wird durch die zitierte Umfrage keineswegs erhärtet. Betrachtet man die Parteipräferenz der einzelnen Meinungsträger, dann zeigt sich nämlich, daß gerade bei Sozialdemokraten und »Grünen« (die uns hier als Repräsentanten der Friedensbewegung stehen sollen) der Anteil derjenigen, die *nicht* von *einer* deutschen Nation ausgehen, mit 62 % bzw. 79 % (bei den Anhängern »sonstiger Parteien« — nach den »Grünen« wurde nicht explizit gefragt) besonders hoch ist.⁵

Die Fehér/Hellersche Kernthese eines zunehmenden Nationalismus in der Bundesrepublik, insbesondere bei den Anhängern von Sozialdemokratie und Friedensbewegung, hält somit keiner empirischen Überprüfung stand. Ich würde aber dennoch nicht behaupten, daß es sich um eine völlig haltlose Spekulation handelt: Erstens basiert diese These auf der irrtümlichen Verwechslung von offiziell gefordertem und in letzter Zeit wieder verstärkt formuliertem »staatsbürgerlichen« Bewußtsein mit tatsächlich handlungsmotivierenden Einstellungen. Zweitens gibt es in den letzten Jahren mehr Literaten und politisch Aktive, deren Stimme in der Öffentlichkeit Gewicht hat, die — ohne deshalb »Nationalisten« zu sein — die »deutsche Frage« thematisieren und sich um einen Dialog in die DDR hinein bemühen (erinnert sei etwa an das Schriftstellertreffen in Ostberlin, Dezember 1981). Drittens hat in den letzten einhalb Jahrzehnten in der breiteren Öffentlichkeit nicht nur eine Abschwächung des »nationalen« Denkens stattgefunden, sondern daneben ist noch ein anderer Meinungswandel zu verzeichnen, den Fehér/Heller zwar ebenfalls falsch einordnen, der aber dennoch seine Bedeutung hat: eine wachsende Distanz zu den USA. Fehér/Heller interpretieren diesen Trend deutschlandpolitisch und unterstellen ihm damit das falsche Ziel. Tatsächlich handelt es sich wohl in erster Linie um eine friedenspolitische Einstellungsänderung. Inhaltlich will ich dar-

auf im folgenden Abschnitt zurückkommen, an dieser Stelle zuerst wieder einige Ergebnisse empirischer, repräsentativer Umfragen.

Zuerst zur Neutralitätsfrage: Es gibt, was auch mich selbst bei der Arbeit an diesem Artikel überrascht hat, nicht erst seit der Auseinandersetzung um die Raketenstationierung, sondern schon seit Jahrzehnten, in der Bundesrepublik ungefähr ein Drittel der Bevölkerung, das außenpolitische Neutralität dem Bündnis mit den USA vorziehen würden (Jahrbuch, 422). Geändert hat sich in dieser Beziehung nur, daß diese Einstellung in früheren Jahren im politischen System und der veröffentlichten Meinung der Bundesrepublik keinen Ausdruck fand und deshalb »übersehen« werden konnte, während heute um diese Fragen öffentlich gestritten wird. Wird den Befragten ein differenzierterer Katalog möglicher künftiger Optionen für die bundesdeutsche Außenpolitik vorgelegt, der von der Fortsetzung des Bündnisses mit den USA über eine eigene Außenpolitik der EG-Staaten bis zu »Neutralität und Freundschaft mit der Sowjetunion« reicht, dann ist in der Tat ein beträchtlicher Meinungswandel zu verzeichnen. Jene Option, die nach Fehér/Heller besonders favorisiert werden müßte: »eine neutrale Position unter freundschaftlicher Abstimmung mit der Sowjetunion einnehmen«, hat dabei keine besondere Bedeutung; für sie sprachen sich 1980 wie 1983 nur 15 % der Befragten aus (ebd., 619). Dabei gibt es kaum altersmäßige Differenzierungen, während Anhänger der SPD und der Grünen mit 19 % bzw. 27 % schon — das muß zugestanden werden — über dem Durchschnitt liegen. Die Zahl derjenigen, die »mit den Staaten der Europäischen Gemeinschaft eine eigene Politik betreiben« wollen, hat sich im gleichen Zeitraum von 40 auf 38 % leicht verringert, während der Anteil der Befürworter einer »Politik der Neutralität zwischen den Großmächten in Ost und West« von 31 auf 38 % angestiegen ist (Mehrfachnennungen waren bei dieser Umfrage möglich!). Der Anteil derjenigen aber, die »weiter eng an der Seite der USA stehen« möchten, ist vom September 1980 bis zum Juli 1983 von 57 auf 47 % gesunken und nach einer neueren — bisher nur in Auszügen veröffentlichten⁶ — Umfrage hält dieser Trend an: im Frühjahr 1985 waren es nur noch 37 %, die sich für diese Variante aussprachen.⁷

Zusammenfassend: Hinsichtlich der gesamten bundesdeutschen Bevölkerung kann man sagen, daß der »Wunsch« nach Wiedervereinigung groß, der Wille schwach und die Erwartungen gering sind. In dem Streit um die richtige außenpolitische Orientierung halten sich Anhänger der — wie immer konkret auszugestaltenden — Neutralitätskonzeption mit den Befürwortern einer Fortsetzung des Bündnisses mit den USA inzwischen in etwa die Waage, dabei spielt weniger eine zunehmende Attraktivität der »Neutralität« als vielmehr ein stark abnehmendes Vertrauen in die USA die entscheidende Rolle. Die Bevölkerungsgruppen, die nach Fehér/Heller die Avantgarde eines »neuen Nationalismus« sein sollen, die Anhänger der Friedensbewegung, der Grünen und der Sozialdemokratie, weichen von diesen Einstellungen signifikant ab: sie sind in weit geringerem Maße als der Durchschnitt dem »nationalen« Gedanken verpflichtet und haben sich mit der Existenz zweier deutscher Staaten in ihrer großen Mehrheit abgefunden. Hinsichtlich der außenpolitischen Orientierung sind bei ihnen die Anhänger einer Politik der Neutralität zwischen USA und UdSSR am stärksten vertreten. Das ist aber keinesfalls gleichbedeutend mit einer »anti-westlichen« Position: Zum einen ist »der Westen«, von dem Fehér/Heller allzu pauschal sprechen, in sich politisch differenziert. Die Ablehnung gilt der in den USA seit Ende der 70er Jahre bestimmenden Politik, nicht aber dem Bündnis mit den anderen westeuropäischen Staaten (in den 20er Jahren richteten sich »anti-westliche« Einstellungen geographisch noch gegen »Frankreich«). Zum anderen — und das ist wichtiger — bedeutet das keine Infragestellung westli-

cher politischer Werte. Betrachtet man die Entstehungsgeschichte der bundesdeutschen Friedensbewegung, so ist nicht zu übersehen, daß — neben religiös motiviertem Engagement — ihre wichtigste Hauptquelle die verschiedenen Bürgerrechtsbewegungen («Gegen die Berufsverbote»; «Gegen den Atomstaat»; gegen die Unterdrückung der Frau; für mehr Bürgerbeteiligung an lokal bedeutsamen politischen Entscheidungsprozessen) war. Außer bei dem kleinen Kreis der Anhänger der DKP wird man in dieser Bewegung schwerlich Menschen finden, die das sowjetische politische System oder dessen tragende Prinzipien für attraktiver halten als die »westliche Demokratie«. Im Gegenteil, gerade bei Friedens-Aktivistinnen ist die Bereitschaft, für demokratische Werte auch mit hohem persönlichen Risiko einzustehen, besonders ausgeprägt. Es beruht wohl auch nicht nur auf einem Mißverständnis, daß die Behörden der DDR ihr realsozialistisches Musterländle gegen niemanden so effektiv abgeschottet haben wie gegen Friedensbewegte und »Grüne«, denen sie seit Ende 1983 konsequent die Einreise verweigern.

Die »nationalistische Anti-Atombewegung«

Fehér und Heller reden von der »nationalistischen Anti-Atombewegung« und wollen glauben machen, daß es »dem Hauptstrom der Bewegung (...) weniger um Pershing-Raketen und Cruise Missiles (geht), was immer die ursprüngliche Absicht der Beigetretenen gewesen sein mag, sondern (um) die Wiedervereinigung Deutschlands.« Schon die Umfrageergebnisse widerlegen diese Behauptungen, denn schließlich sprechen wir nicht über eine Bewegung, die aus »winzigen kommunistischen Zellen«, einzelnen »Transparenten bei Massendemonstrationen« und »Artikeln großer liberaler Zeitungen« besteht, sondern die darüber hinaus Hunderttausend von Menschen erfaßt hat⁸. Zum »Hauptstrom« dieser Bewegung äußern sich Fehér und Heller. Wären da jene politischen Inhalte zu verzeichnen, die beide postulieren, so müßte sich das auch in den zitierten Meinungsumfragen niederschlagen. Aber davon abgesehen, hat diese Bewegung ja eine Vielzahl von Koordinationskomitees und -treffen hervorgebracht. Wenn Fehér/Heller ihr Versprechen einlösen wollen, sie könnten »jeden Teil« ihrer Behauptung »mit Dokumenten belegen«, dann mögen sie uns eine einzige politische Erklärung dieser Komitees oder Treffen, die Sprachrohr und Repräsentanten des »Hauptstroms der Bewegung« waren, vorweisen, in dem die »Wiedervereinigung« als Ziel proklamiert worden wäre. Solange sie das nicht gemacht haben, müssen sie sich nicht nur eine — für jemanden, der sich dazu publizistisch äußert — ziemlich abenteuerliche Unkenntnis des Diskussionsstandes in dieser Bewegung vorwerfen lassen. Sondern darüber hinaus fällt der Vorwurf »hochmütiger Arroganz gegenüber Bewegungen«, den sie gegen die Sozialdemokratie erheben, auf sie selbst zurück. Daß sie sich anheischig machen, das »Wesen« dieser Bewegung erschaut zu haben, wird uns als Beleg allerdings nicht genügen. Wir wollen nicht teilhaben an Geheimwissen, sondern nachprüfbar Dokumente sehen.

Es versteht sich, daß ganz so »geheim« dieses »Wissen« nicht ist. Wenngleich theoretisch angereichert und historisch illustriert, repetieren Fehér/Heller ja nur, was große französische, englische und US-Medien über die bundesdeutsche Friedensbewegung verbreitet haben. Diese Medien haben sich gewiß nicht alles aus den Fingern gesogen, sondern sie haben das, was sehr begrenzte Teile dieser Bewegung als Suche nach einer »deutschen Identität« umtreibt, hochstilisiert zu deren bestimmendem Element. Ich muß gestehen, daß es mir in verschiedenen Diskussionen mit Vertretern dieser Richtung nie ganz gelungen ist, nachzuvoll-

ziehen, was »deutsche« oder »nationale Identität« eigentlich sein soll. Es stecken darin aber, so viel ist mir klar geworden, neben einzelnen nationalistischen Tönen, eine Reihe von Elementen, denen diese Schablone überzustülpen zu simpel ist:

— Das Selbstverständnis der Bundesrepublik als »Provisorium« (dokumentiert in der Hauptstadt Bonn wie in der Präambel des Grundgesetzes), das eine volle Identifikation mit diesem Staatswesen von staatlich-offizieller Seite her nicht zulassen wollte und der Versuch gerade einer Generation, für die die »deutsche Frage« nicht mehr offen ist, zu einem neuen Selbstverständnis innerhalb der bestehenden Grenzen zu finden.

— Die schwindende Bereitschaft, die schier unglaubliche Verdrängungsleistung, mit der sich die Bürger dieser Republik um eine wirkliche Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit gedrückt haben, weiter mitzumachen und der Versuch, den eigenen historischen Standort neu zu bestimmen, statt sich vermittels der braun = rot-These auf die Seite der Sieger zu mogeln und was zuvor war, zu vergessen.

— Die Frage, ob die in der europäischen Politik in der Tat besondere Situation der beiden deutschen Staaten, nicht friedenspolitisch genutzt werden kann. »Besonders« ist diese Situation, weil diese Staaten eine gemeinsame Vorgeschichte haben, weil es die einzigen Staaten in Europa sind, deren Bürger diesseits und jenseits der Systemgrenze die gleiche Sprache sprechen und die noch durch eine Vielzahl persönlicher Kontakte miteinander verbunden sind⁹, und die jeweils innerhalb ihres Blocks der bedeutendste Juniorpartner der Blockführungsmacht sind (Wobei im Fall der DDR dies eine durch den Ausfall Polens bedingte, zeitweilige Erscheinung sein mag). Die Frage, ob es hier nicht in besonderem Maß Möglichkeiten gibt, die entspannungspolitisch genutzt werden können, kann man auch stellen, ohne den geringsten Hintergedanken an eine künftige Verschmelzung dieser beiden Staaten zu hegen (so wie die weit höhere Durchlässigkeit der Grenzen zwischen Ungarn und Österreich schwerlich als Vorzeichen einer Restauration der Habsburger Monarchie zu deuten ist). Wer schon die bloße Formulierung solcher Fragen gleich mit dem Knüppel »Nationalismus« erschlägt, hilft nur, Verdrängungsprozesse fortzusetzen, die zu bedenklichen Symptomverschiebungen (von denk- und wahrnehmungsblockierendem Antikommunismus über Identität durch Konsum bis hin zu Ausländerhaß) führen können.

Die wachsende Distanz zu den USA

Zurück zum »Hauptstrom der Bewegung«: Unstrittig ist, daß die Teilnehmer dieser Bewegung — aber nicht nur sie — in wachsende Distanz zur Politik der Regierung der USA und auch zu dem Militärbündnis NATO gehen. Mit einer Hinwendung zum »Osten« kann das freilich nur verwechseln, wer — wie die Vertreter der beiden »Supermächte« — in den eindimensionalen Schranken eines bipolaren Weltbilds denkt. Doch stellen wir diesen Punkt noch etwas zurück und fragen nach dem rationalen Kern dieser Distanz. Fehér/Heller sind hier in einer merkwürdigen Beschränktheit befangen. Sie meinen ja gerade deshalb, allerlei Zuschreibungen in Richtung bundesdeutscher Friedensbewegung vornehmen zu können, weil sie glauben, sich um den tatsächlichen Inhalt dieser Bewegung keinen Deut scheren zu müssen. Ein zentrales Element dieser Vorgehensweise ist die Behandlung der »Raketen«. Sich mit deren aktueller militärstrategischer und politischer Bedeutung auseinandersetzen zu müssen, glauben sich Fehér/Heller enthoben, denn schließlich gab es »Raketen« ja auch schon in den 50er Jahren und »die Lagerung von Raketen (hatte) für alle Deutschen ... immer

schon eine nationale Bedeutung« — ein wirklich sonderbarer deutscher Charakterzug! Gewiß gingen in die Kampagnen gegen »Atomtod« und Wiederaufrüstung in den 50er Jahren »nationale« Motive ein, doch wäre es wohl einige Überlegungen wert, was deren rationaler Kern ist: Ob »die Raketen« tatsächlich nur als Vorwand genutzt wurden, um die Wiedervereinigung voranzubringen, oder ob nicht auch diese Bewegung ernst zu nehmen ist. Denn damals schon galt, daß die Stationierung der Atomraketen eines anderen Staates auf dem eigenen Territorium die Verlagerung der Entscheidung über den eigenen Untergang in fremde Hände bedeutet. Ist das nicht eine Frage, die für *jedes* Volk »nationale« — oder wie auch sonst immer zu benennende — »Bedeutung« hat? Wer sich sonst — zu Recht — so vehement für das Selbstbestimmungsrecht ausspricht, dem hätte es gut angestanden, an dieser Stelle etwas intensiver zu reflektieren. Fehér/Heller aber bringen es fertig, sogar noch den Rückzug Frankreichs aus der NATO, Mitte der 60er Jahre, über den Leisten ihrer Theorie vom Wiederaufstieg des deutschen Nationalismus zu schlagen und den Konflikt zwischen der französischen Regierung unter De Gaulle und den USA mit keinem Wort zu erwähnen: Kein Wunder — denn dabei ging es gerade auch darum, daß die USA durch den Übergang zu der Strategie der »flexible response« aus französischer Sicht den Einsatz von Atomwaffen in Europa von der Gefährdung ihrer eigenen Existenz abkoppelten.

Beschränkt ist die Fehér-/Hellersche Argumentation in der Fähigkeit, historische Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen, beschränkt aber auch im geographischen Gesichtsfeld. Tatsächlich wahrgenommen wird nur das zweigeteilte Europa. Was dahinter liegt, verschwindet in einem Nebel hypostasierter Kollektivsubjekte und apodiktischer Behauptungen: im Osten die UdSSR, »die führende Militärmacht der Welt« (wir sind auf einen noch beizubringenden Beleg gespannt, der aber — um seiner Glaubwürdigkeit willen — möglichst nicht aus dem Pentagon stammen sollte), die ihr »künstliches Imperium« in ungebrochenem »Expansionismus« zum Atlantik hin zu erweitern strebt — »der Westen« aber befindet sich in einem traurigen Zustand: »die amerikanische Hegemonie (ist) zusammengebrochen«, »ohne Westdeutschland wäre der Westen machtlos« und die zweitgrößte Industriemacht der Welt, Japan, gibt es gar nicht. Zwei Drittel der Menschheit fallen aus diesem »Welt«-Bild einfach heraus. Aber auch diejenigen, die für das eine Drittel die politische und militärische Macht in Händen haben, dürften sich in dieser Situationsbeschreibung schwerlich wiederfinden. Man braucht nur die Berichte der »Vereinigten Stabschefs« der USA zur Kenntnis zu nehmen, um zu erfahren, daß ihnen Europa die geringsten Probleme macht, die Lage dort ist stabil. Problematisch ist für sie — und damit erweisen sie sich als politisch sehr viel weitsichtiger denn Fehér und Heller — »der rasche Anstieg von Bedürfnissen und Ansprüchen (in der Dritten Welt), der jedoch von knapper werdenden Bodenschätzen und der unterschiedlichen Verteilung des Weltreichtums begleitet ist.«¹⁰ Wo gegenwärtig der Hauptteil des »Weltreichtums« zu finden ist und wo die nicht befriedigten Bedürfnisse, ist unschwer zu erraten. Um die Aufrechterhaltung dieser Struktur geht es, um hier freie Hand zu haben, muß die Sowjetunion (egal was ihre Motive sind — sie stört) stillgehalten werden. Europa aber ist ein Nebenkriegsschauplatz, der gegebenenfalls eine »horizontale Eskalation« an einer Stelle erlaubt, »wo die Sowjetunion verletzlich ist.«¹¹ Es ist eine auch in der bundesdeutschen Friedensbewegung immer wieder anzutreffende, eurozentrierte Fehleinschätzung, Europa für das Streitobjekt zu halten.

Kein europäisches, sondern ein globales Problem

Es geht dabei keineswegs um das politisch und moralisch unsinnige Spiel, wenn die eine Seite »Polen« sagt, mit »Nicaragua« zu antworten. Sondern die Frage ist, wie der adäquate Rahmen für ein Verständnis der politischen Entwicklung in Mitteleuropa abzustecken ist. Obwohl hier eine Systemgrenze, der »Eiserne Vorhang«, verläuft, obwohl verschiedene Völker, die auf der anderen Seite dieser Grenze leben, 1956 (Ungarn), 1968 (CSSR) und 1980/81 (Polen) manifestiert haben, daß sie nicht bereit sind, sich mit ihrer Eingliederung in den sowjetischen Hegemonialbereich abzufinden, obwohl in dieser Region die höchste Waffendichte auf der Welt überhaupt besteht — ist dort die Lage relativ stabil. Das hat sich in den letzten Jahren ganz deutlich auch in dem Bemühen der Regierungen unterschiedlichster Provenienz von beiden Seiten der Systemgrenze gezeigt, ihre Region aus der Zunahme globaler Spannungen zwischen den beiden »Supermächten« herauszuhalten. Eine sowjetische Intervention in Polen 1981 oder 1982 hätte diese Bemühungen sicherlich sehr schwer beeinträchtigt, aber wie die Interventionen in Ungarn 1956 und in der CSSR 1968 gezeigt haben, bedingt moralische Empörung allein keine veränderte Außenpolitik. Wenn das diesmal anders gewesen wäre, dann deshalb, weil es den inneren Widerstand gegen eine von außen aufgedrängte Politik der globalen Konfrontation entscheidend geschwächt hätte, aber nicht wegen der Instabilität der Region selbst. Ob das den Polen genutzt hätte, ob eine nahtlose Einordnung der europäischen Staaten in die weltpolitische Frontstellung zwischen USA und UdSSR auch nur die geringste Erweiterung ihres Freiheitsspielraums gebracht hätte, darauf wird noch einzugehen sein.

Zuvor ist aber auf diesen globalen Rahmen zurückzukommen. Wie erwähnt, sprechen F/H vom »Zusammenbruch der amerikanischen Hegemonie«. Gewiß ist die Hegemonie der USA ins Wanken geraten, doch genügt es nicht, das einfach festzustellen und sie dann aus den weiteren Überlegungen »isolationistisch« auszuklammern. Um die Implikationen dieses Prozesses für Mitteleuropa zu verstehen, ist zu fragen: Worin besteht dieser »Zusammenbruch«? Und haben sich »die USA« damit abgefunden? Die wesentlichen Elemente dieses Prozesses sind

- ökonomisch, der Aufstieg Westeuropas und Japans als veritable Konkurrenten auf dem Weltmarkt,
- weltpolitisch, die Auflösung der alten (europäischen) Kolonialreiche und die zunehmende Verselbständigung von Staaten der Dritten Welt,
- sicherheitspolitisch, die strategische Parität mit der UdSSR und der Verlust »absoluter Sicherheit« für die USA.

In keinem dieser drei Bereiche hat sich der dominierende Teil der Machtelite der USA damit abgefunden, daß diese Ergebnisse endgültig wären. Ronald Reagan ist zweimal zum Präsidenten gewählt worden, weil er ein Programm zu realisieren versprach, das die USA wieder zur unumstrittenen »Nummer 1« macht:

- ökonomisch durch Protektionismus; eine Hoch-Zinspolitik, die ausländisches Kapital anzieht; schließlich die »Strategic-Defense-Initiative« (SDI) als gigantisches Projekt zum Transfer von know-how in den »high-tech-industries« aus Japan und Europa in die USA;
- weltpolitisch durch den Aufbau entsprechenden militärischen Potentials (z.B. die Rapid-Deployment-Force) und den Abbau innerer politischer Widerstände gegen einen Neo-Interventionismus (Generalprobe: Grenada);
- sicherheitspolitisch durch ein in Friedenszeiten beispielloses Aufrüstungsprogramm;

durch die Entwicklung der Fähigkeit zum entwaffnenden nuklearen Erstschlag und zu »begrenzten« und damit auch führbaren Atomkriegen, abgesichert durch die Wiederherstellung »absoluter Sicherheit« für die USA durch SDI.

Der westeuropäische Teil des »Westens«, genauer gesprochen: die ihn regierenden Eliten, haben durchaus Anlaß zur Skepsis gegenüber diesem Programm: Ökonomisch und technologisch ist das evident und ich will darauf hier nicht ausführlich eingehen. Das technologisch-politische Embargo gegen die UdSSR (COCOM) steht u.a. auch in diesem Zusammenhang und dient, wie sich inzwischen mehrfach gezeigt hat, auch als Rechtfertigung für ein Embargo des Technologietransfers von den USA nach Westeuropa. Weltpolitisch ist die Situation ambivalent, denn auch die westeuropäischen Staaten haben ein vehementes Interesse an der Aufrechterhaltung der bestehenden weltwirtschaftlichen Strukturen und an der Fähigkeit der USA in diesem Sinne als Weltgendarm tätig zu werden (Beispiel: die Diskussion um eine »Entlastung« der USA an der mitteleuropäischen »Front«, falls sie in der Golfregion »aktiv werden« sollten¹²). Zugleich stehen sie aber zu den USA in der Dritten Welt auch in Konkurrenz und sind außerdem daran interessiert, nicht noch durch eine verfehlte Politik die »Radikalisierung« in den Entwicklungsländern (wie seinerzeit in Cuba) zu forcieren. Zudem könnte eine »neues Vietnam« ihre eigene Legitimitätsgrundlage unterhöhlen, wären sie allzu stark mit den USA liiert (Beispiel: Mittelamerika). Sicherheitspolitisch schließlich bedeutete »absolute Sicherheit« der USA absolute Unsicherheit nicht nur der UdSSR sondern auch Europas (West- und Osteuropas). Die Aussicht, daß die USA die UdSSR wieder auf den Rang einer Regionalmacht herunterkonkurrieren, mag für manche westeuropäische Politiker verlockend erscheinen — der Preis dafür aber wäre, daß ein Krieg in Europa wieder führbar würde. Auf eine solche Situation bereiten sich US-Militärs zügig vor, nicht nur durch die Stationierung von Pershing-II und Cruise-Missiles, sondern auch durch »Air-Land-Battle« als neue Einsatzdoktrin der US-Armee und durch gründliches Studium der »Blitzkriegs-Konzeption« der Deutschen Wehrmacht¹³ — denn schließlich ist Osteuropa die »weiche Flanke« der UdSSR. Wer dort mit einem Angriff drohen könnte, hätte an anderer Stelle freie Hand.

All das hat wenig mit der »deutschen Frage« zu tun. Es zeigt aber, daß das Verständnis mitteleuropäischer Politik von Fehér und Heller hoffnungslos veraltet ist. Sie sind noch auf das Machtspiel zwischen Deutschland und Rußland, zwischen Polen und Frankreich fixiert — so als ob wir noch im Europa der Jahrhundertwende leben würden. Daß sie »Rapallo« zur Metapher ihrer Ängste und zum Modell ihrer Interpretation machen, zeigt das in aller Deutlichkeit.

Rapallo 1922

Fehér und Heller haben ihren Artikel unter das Zeichen der Angst vor einem »neuen Rapallo« gestellt. Aus mehreren Gründen will ich darauf wenigstens kurz eingehen: Erstens handelt es sich um eine Neuauflage der »Rapalloglegende«. Zweitens konstruieren sie eine falsche Kontinuität zwischen der Politik der damaligen Reichsregierung, der Reichswehr und dem »Nationalbolschewismus« auf der einen Seite und der heutigen Sozialdemokratie, der bundesdeutschen Linken und der Friedensbewegung auf der anderen Seite. Drittens wird an ihrer Interpretation einer ihrer methodischen Grundfehler deutlich. Und viertens verhilft uns das »Modell Rapallo« vielleicht zur Erhellung der Frage, was mit dem ominösen Begriff der »Selbstfinnlandisierung« gemeint sein könnte.

Der Vertrag von Rapallo wurde am 16.4.22 am Rande der Konferenz von Genua zwischen Deutschland und Rußland geschlossen¹⁴. Will man die Bedeutung dieses Vertrags verstehen, so muß man sich die Aufgabe der Konferenz in Genua vergegenwärtigen. Bei dieser Konferenz, an der 29 Staaten teilnahmen, ging es 1. um die Regelung der Reparationsforderungen an Deutschland und 2. um die Forderung an Rußland nach Rückzahlung zaristischer Schulden sowie Entschädigung für die Nationalisierung ausländischer Unternehmen (vgl. Carr 1966, 373; Helbig 1958, 88 ff.). Zwischen beiden Problembereichen gab es mehrere Verbindungsglieder: Erstens waren Deutschland und Rußland die beiden Outlaws dieser Konferenz, Deutschland als Kriegsverlierer und Rußland als diplomatisch nicht anerkanntes »bolshewistisches Regime«. Zweitens war die Frage von russischen Reparationswünschen an Deutschland im Vertrag von Versailles (Art. 116) bewußt offen gelassen worden und damit reaktivierbar geblieben. Gegen eine solche Reaktivierung sprach freilich der Umstand, daß Sowjetrußland sich an der Aushandlung dieses Vertrages nicht beteiligt und ihn nie anerkannt hatte. Drittens bestand die Möglichkeit, daß sich das Deutsche Reich einem von den Westmächten angestrebten Internationalen Konsortium zur Ausbeutung russischer Ressourcen als Äquivalent für die finanziellen Forderungen an Rußland anschließen würde.¹⁵ Die Konferenz von Genua, die am 10.4.22 begonnen hatte, kam bei der Verhandlung dieser Punkte nicht voran. Zugleich zeichnete sich ab (oder wurde von den sowjetischen Diplomaten als gezielte Falschmeldung lanciert), daß russische Reparationsforderungen an Deutschland reaktiviert würden. Vor allem um das abzuwenden, erklärte sich die deutsche Seite — auf russische Initiative hin — am 16.4. bereit, in dem nahe Genua liegenden Ort Rapallo einen Vertrag abzuschließen, in dem beide Seiten gegeneinander auf alle finanziellen Forderungen verzichteten und die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen vereinbarten.¹⁶ Weiterhin sollte der deutsche Verzicht auf Entschädigung für russische Enteignungen nur dann gelten, wenn Rußland »auch ähnliche Ansprüche dritter Staaten nicht befriedigt«. Und schließlich wollten bei einer Regelung der Wirtschaftsbeziehungen »auf internationaler Basis« die Regierungen beider Staaten »in vorherigen Gedankenaustausch eintreten«. Das Resultat dieser Vereinbarung war für die russische Seite, daß die »kapitalistische Einkreisung« durchbrochen war. »Sowjetrußland hatte einen Halt in der kapitalistischen Welt gewonnen und erhob den Anspruch auf Rang und Status einer Großmacht« (Carr 1954, 87). Und »die deutsche Regierung konnte frei zwischen Ost und West manövrieren, die beiden Rivalen gegeneinander ausspielen (...) und dabei immer ihre eigene Handlungsfreiheit bewahren« (ebd., 88). Soweit die historische Reminiszenz — nun zur Kritik an der Interpretation von Fehér und Heller:

1. Als »Rapallo-Legende« bezeichne ich die Behauptung, daß die deutsche Reichsregierung mit diesem Vertrag ein »strategisches Bündnis« mit dem Ziel einer gewaltsamen Sprengung des »Systems von Versailles« und der Zerschlagung Polens eingegangen wäre (vgl. dazu auch Helbig 1958, 6 f.). Unstrittig ist, daß es zu dieser Zeit zwischen der Reichswehr und der Roten Armee eine geheime militärische Kooperation gab und daß die Reichswehrführung — insbesondere von Seeckt — eine erneute Zerschlagung Polens auf lange Sicht hin plante (ebd., 119). Aber obwohl alle deutschen Parteien — mit der Ausnahme der KPD — eine Revision der Ostgrenze verlangten (vgl. Heiber 1966, 174), war keine Regierung in der Weimarer Republik, selbst wenn sie dazu willens gewesen wäre¹⁷, zur Realisierung einer solchen Zielsetzung in der Lage. Dazu bedurfte es erst des Übergangs der Macht an die Nationalsozialisten, die dann in der Tat alte politische Ziele der gesamten deutschen Rechten verwirklichten und sich dabei auf militärische Planungen der Reichswehrführung aus den 20er Jahren stützen konnten.

Meine Zweifel an der Fehér/Hellerschen Interpretation beginnen da, wo das, was Polen 17 Jahre später angetan wurde, auf das Vertragswerk von Rapallo projiziert wird.

Für die militärische Kooperation zwischen Reichswehrführung und Roter Armee hätte es des Rapallo-Vertrages nicht bedurft, sie war bereits im Frühling 1921 — an der Regierung vorbei — eingefädelt worden. Durch diese Kooperation wurde die Reichswehr aktuell nicht in die Lage versetzt, einen neuen Krieg führen zu können. Trotzdem gibt es daran gewiß nichts zu beschönigen: Zum einen war es ein Beitrag zum Aufbau einer Kaderarmee, um die herum — nachdem mit dem Machtantritt der Nazis keine außenpolitischen Rücksichten mehr genommen wurden — ab Mitte der 30er Jahre jene Wehrpflichtigenarmee aufgebaut werden konnte, die dann in den Zweiten Weltkrieg zog. Zum anderen war die Reichswehr in den Jahren zuvor, in der Weimarer Republik, ein für die politische Kultur des Landes verhängnisvoller »Stand« und eine — als Drohfaktor auch in Friedenszeiten wirksame — reaktionäre Bürgerkriegsarmee (vgl. Heiber 1966, 124 f.; 144; Carsten 1964). Diesen »Staat im Staat« gedeckt und gefördert zu haben, ist sowohl der Sowjetunion wie den verschiedenen Regierungen der Weimarer Republik zum Vorwurf zu machen. Deren Ziele deckten sich aber nicht mit denen der Reichswehrführung und ein »Generalgouvernement« Polen lag jenseits ihrer politischen Phantasie. »Rapallo« wurde sehr viel kurzfristiger konzipiert und gerade für die Nazis war dieser Vertrag bedeutungslos. Für den Stalin-Hitler-Pakt 1939 bedurfte es dieses »Vorläufers« nicht und anders als der Vertrag von Rapallo hat dieser Pakt einen Krieg ermöglicht. Ein weiterer Anachronismus scheint es mir zu sein, Polen im Jahre 1922 allein als Opfer eines Rapallo-Komplots darzustellen. Die Tragik war ja, daß beide Seiten — Polen und die Sowjetunion — in dieser Zeit gute Gründe hatten, der anderen Seite mit größter Vorsicht zu begegnen. Polen war gezeichnet von dem Trauma einer weit über hundertjährigen Teilung und der blutigen Niederschlagung mehrerer Aufstände. Zudem hatte Sowjetrußland den Vertrag von Versailles nicht anerkannt, der die erneute staatliche Existenz Polens international absicherte, und die Polnische Kommunistische Partei setzte sich — in luxemburgistischer nicht in leninistischer Tradition — bis 1923 dafür ein, ein künftiges »Sowjet-Polen« mit Sowjetrußland zu vereinigen. Zugleich darf man aber nicht übersehen, daß der neue polnische Staatschef Pilsudski nach einer Wiederherstellung der Ostgrenzen von 1772 unter Einschluß der gesamten Ukraine und Litauens strebte (vgl. Hoensch 1983, 250, 256; Seton-Watson 1948, 381), daß der polnische Angriff, der der Realisierung dieser Ziele galt, noch keine zwei Jahre zurücklag (vgl. Carr 1966, 167) und daß die im Frieden von Riga (18.3.21) vereinbarte polnisch-sowjetische Grenze eher Ausdruck der militärisch stärkeren Position Polens als tatsächlicher ethnischer Mehrheitsverhältnisse war¹⁸. Auch nach diesem Friedensschluß versuchte »die polnische Diplomatie, eine gemeinsame Front der Randstaaten von Finnland bis Rumänien gegen die UdSSR zustandezubringen« (Hoensch 1983, 226). All dies festzustellen, ändert nichts an dem Urteil, daß die sowjetische Beteiligung an der erneuten Aufteilung Polens 1939 ein Verbrechen war (vgl. dazu Nekrich 1985, 26 ff.; Pietrow 1982). Es zeigt aber, daß »Rapallo« Teil eines Machtpokers war, bei dem zum damaligen Zeitpunkt, Anfang der 20er Jahre, nicht nur Polen sondern in ähnlichem Maße Sowjetrußland um seinen Bestand zu fürchten hatte.

Ein zusätzlicher Aspekt, der bei der anachronistischen Betrachtungsweise von Fehér/Heller aus dem Blickfeld gerät, ist die zumindest bis Herbst 1923 andauernde Erwartung der bolschewistischen Führung, es werde in Deutschland zu einer proletarischen Revolution kommen. Die Befürchtung war, daß Polen und Frankreich in gemeinsamer Anstrengung dagegen intervenieren oder zumindest gegen das revolutionäre Deutschland eine Blockade verhängen

würden: »Die Frage (für die Bolschewiki) war nicht, wie der deutschen Revolution zur Geburt zu verhelfen wäre«, denn in diesem Punkt — erklärt Carr — vertrauten sie auf den revolutionären Enthusiasmus der deutschen Arbeiterklasse, »sondern wie man vermeiden könne, daß das Neugeborene von bösen Nachbarn erwürgt würde« (vgl. Carr 1969, 226). Diese drohende Umklammerung zu durchbrechen, war auch ein Ziel sowjetischer Außenpolitik in jener Zeit.

Ein weiterer Einwand bezieht sich auf die Frage des »strategischen« Charakters des »Bündnisses« Deutschland/Sowjetrußland: Fehér/Heller übernehmen die Carrsche Unterscheidung zwischen einer »westlichen« und einer »östlichen« Fraktion innerhalb der deutschen Machtelite. Daß die Reichwehrführung »östlich« orientiert war, ist wohl zutreffend, d.h. sie hoffte, irgendwann in der Zukunft mit einem möglichst konterrevolutionierten Rußland im Bunde Polen erneut zerschlagen und am »Westen« Revanche nehmen zu können. Aber alle darüber hinausgehenden Zuschreibungen scheinen mir zweifelhaft. Der Außenminister, dessen Unterschrift der Vertrag von Rapallo trägt, war Walther Rathenau, der führende Kopf der »Westorientierung« (vgl. Heiber 1966, 103; 107). Sein Gegenspieler bei der »östlichen Fraktion« war Gustav Stresemann, laut Carr (1954, 72) ihr »Sprecher im Reichstag«. Selbiger Stresemann schloß jedoch zweieinhalb Jahre später den »Vertrag von Locarno«, verbunden mit dem Beitritt Deutschlands zum »Völkerbund«, durch den Deutschland die bestehenden Westgrenzen anerkannte und als Preis dafür »wieder in die Reihe der (westlichen) Großmächte ein (treten)« konnte (Heiber 1966, 175). Für polnische Sicherheitsbedürfnisse war das schwerlich ein Fortschritt, denn von einer Anerkennung der Ostgrenze war nicht die Rede, und eine Annäherung Deutschlands an Frankreich (Polens wichtigstem Verbündeten) schien denkbar. Dennoch war das aber eine Entwicklung, die die Sowjetunion — aus Angst vor einer »kapitalistischen Einkreisung« — unbedingt vermeiden wollte (vgl. Carr 1954, 108 ff.). Zusammenfassend ergibt sich daraus, daß der Vertrag von Rapallo kein »strategisches Bündnis« eröffnete, sondern ein taktischer Schachzug im jeweils eigenen nationalstaatlichen Interesse war. Auf deutscher Seite wurde damit keineswegs eine dauerhafte Bindung an oder gar Unterordnung unter sowjetische außenpolitische Interessen eingegangen, sondern eine Erweiterung des außenpolitischen Handlungsspielraums angestrebt, die die historisch, wirtschaftlich und politisch bedingte Zugehörigkeit Deutschlands zum »Westen« nicht grundsätzlich in Frage stellte.

2. Das subjektive Bindeglied zwischen der damaligen und der heutigen Situation soll wohl die »deutsche Verzweiflung über die Gleichgültigkeit der Welt angesichts berechtigter deutscher Klagen« sein. Damals die harten Friedensbedingungen von Versailles (die in ähnlichem Geiste gehalten waren wie das deutsche Diktat gegenüber Rußland im Frieden von Brest-Litovsk 1918)¹⁹, heute das unbefriedigte »Bedürfnis der Deutschen nach Wiedervereinigung«. Daß dieses Bedürfnis so übermäßig stark nicht mehr ist, darauf wurde bereits hingewiesen. Was Polen betrifft, so haben Fehér und Heller recht damit, das »schändliche Stillschweigen in den Tagen der polnischen Katastrophe« zu kritisieren. Es war in der Tat in dieser Zeit von Seiten der Friedensbewegung kaum etwas zu hören. Allerdings nicht — und hier überziehen sie die Kritik — weil statt Solidarität mit der ersticken polnischen Revolution Jaruzelski »uneingeschränkt gelobt« worden wäre, sondern weil diese Bewegung angesichts der weltpolitischen Konstellation ratlos und handlungsunfähig war. Was die Sozialdemokratie betrifft, so haben deren »Nationalismus ... seine traurige Laufbahn mit dem faktischen Verrat an Polen im Jahre 1981 begonnen«. Und erläuternd fügen die beiden Autoren hinzu, »daß die deutsche Sozialdemokratie seit den schlimmsten Augenblicken unter Scheidemann und Noske nie schwärzere Tage

erlebt hat als jene, an denen Schmidt und Honecker gemeinsam 'bedauern', was in Polen 'geschehen mußte'. Wer so schwere Vorwürfe erhebt, sollte sich wenigstens seiner Quellen versichern: Dieses gemeinsame »Bedauern« ist eine Erfindung, es gibt dafür keinen Beleg. In dem gemeinsamen Communiqué von Schmidt und Honecker zum Abschluß des Treffens am Werbellinsee vom 11.-13.12.81 wird Polen mit keiner Silbe erwähnt²⁰. Auf der Pressekonferenz am 13.12. ist Helmut Schmidt auf diesen Punkt kurz eingegangen und hat dazu folgendes erklärt: »Wir hoffen beide, daß es den Polen gelingt, die sich im Konflikt miteinander bewegenden Kräfte des polnischen Volkes zu Einigungen zu führen. Wir halten an dem Grundsatz strikte fest, uns nicht einzumischen.«²¹ Das war sicherlich beschönigend formuliert, aber es ist keine nachträgliche Rechtfertigung der Ausrufung des Kriegsrechts — und das macht politisch und moralisch einen erheblichen Unterschied, auch wenn man diese Stellungnahme zu Recht für sehr dünn hält. Dabei ist Schmidts Äußerung charakteristisch für die gesamte Reaktion der SPD als Regierungspartei in dieser Frage: Sie versuchte, die internationalen Auswirkungen der Niederschlagung der polnischen Revolution einzudämmen, um Europa nicht in den Strudel der Reaganschen Konfrontationspolitik geraten zu lassen. Das mag man für falsch halten, aber es ist etwas anderes, als wenn sich die Sozialdemokratie — so wie Fehér/Heller suggerieren — auf die Seite derjenigen gestellt hätte, die ihre Macht notfalls mit Panzern verteidigen.

Es gibt eine Kontinuität zwischen der damaligen und der heutigen Situation — bei der deutschen Rechten. Zur Stimmungslage in der Weimarer Republik schreibt Helmut Heiber: »Daß die 'blutende Grenze' im Osten so oder so irgendwann einmal geändert werden mußte, davon war nahezu jeder Deutsche überzeugt« (Heiber 1966, 134). In dieser Kontinuität stehen jene echten Schlesier, Berufs-Schlesier und Überzeugungs-Schlesier, die sich heute unter der Parole »Schlesien bleibt unser« zusammenfinden. Auch sie wollen die Grenzfrage wieder »offen halten« — ganz friedlich natürlich. Aber hier endet die Parallele auch schon. Während die damalige deutsche Rechte auf russische Hilfe bei der Grenzrevision hoffte (ebd., 181), wäre heute und auf absehbare Zeit dies nur gegen die Sowjetunion »denkbar«. Das ist auch der »rationale Kern« der polnischen Regierungspropaganda von der Gefährdung polnischer Souveränität durch die Oppositionsbewegung, so wie die Staats-Partei sich bis 1970 permanent der Angst vor einem »deutschen Revanchismus« zur Absicherung ihres Systems bedient hat (nicht aber die Fehér/Hellersche Phantasmagorie einer strafweisen Eingliederung der aufsässigen 36 Millionen Polen in die UdSSR). Diese Angst ist keineswegs auf die leichte Schulter zu nehmen, stellt sie doch — wenn wir Adam Michnik (1984, 36) Glauben schenken dürfen — das entscheidende Bindeglied zwischen Bevölkerung und Partei-Staat dar. Das hat auch direkte Auswirkungen für die Lage der polnischen Opposition:

»Ich denke, daß Repressionen seitens der Polizei die polnische Widerstandsbewegung nicht zerbrechen werden — doch revanchistische Handlungen der deutschen Politik wären dazu durchaus in der Lage. (...) Nach meiner Überzeugung wird kein einziger Pole eine Revision der Grenze an Oder und Neiße hinnehmen. Diese Forderung könnte mit einem Strich jegliche deutsch-polnische Normalisierung zunichte machen und die Polen zu fanatischen Bewunderern der UdSSR werden lassen« (ebd., 44).

3. Als einen methodischen Grundfehler von Fehér und Heller betrachte ich es, daß sie mit einer nicht hinreichend geklärten Kombination zweier »Modelle« arbeiten: Als gewissermaßen konstanten Rahmen die Konfrontation zwischen dem ungebrochen expansionistischen »künstlichen Imperium Sowjetunion« und einem schwächer werdenden »Westen«. Innerhalb dieses Rahmens dann ein klassischer (mittel-)europäischer Machtpoker. Man kann diese

Modelle allenfalls und nur ungefähr auf die Situation 1922 anwenden: Die Sowjetführung war damals zwar noch von »weltrevolutionärem« Enthusiasmus beflügelt, faktisch aber v.a. bemüht, eine erneute Einkreisung und Intervention zu verhindern und ihre wirtschaftlichen Außenbeziehungen wieder aufzubauen. Die USA hatten sich politisch vom Kontinent weitgehend zurückgezogen. Was blieb, war der Machtpoker einiger Klein- und Mittelmächte, deren Führungen zum Teil mit den Grenzen von »Versailles« (und Trianon) unzufrieden waren und die bemüht waren, sich gegenseitig in einem sehr kurzfristigen Poker und einem Spiel wechselnder Koalitionen um Gebiete und wirtschaftliche Vorteile zu bringen. Heute aber stehen sich zwei recht stabile Machtblöcke gegenüber, deren Führungsstaaten sich in globaler Konkurrenz befinden. Die Vorstellung, ein einzelner europäischer Staat könne hier ausscheren, halte ich nicht nur deshalb für utopisch, weil die UdSSR inzwischen stärker geworden ist. Die Prognose, bei einem deutschen Alleingang Richtung »neues Rapallo« würden sich die USA a) gekränkt in eine »neuen Isolationismus« flüchten (so als ob sie in Europa nur die »Ehre« aber keine Interessen zu verteidigen hätten), und zugleich b) ein engeres Bündnis mit Frankreich schmieden (wo bleiben z.B. Großbritannien und die Benelux-Staaten?), zeigt allein schon, wie unausgegoren diese Vorstellung ist. Der Grundfehler besteht somit darin, daß versucht wird, einen globalen Konflikt mittels fragwürdiger Annahmen auf (mittel-)europäische Dimensionen zu reduzieren.

4. Kritik wurde auch angemeldet hinsichtlich des Begriffs der »Selbstfinnlandisierung«. Ich muß gestehen, daß ich — wohl im Unterschied zu Fehér und Heller — sehr wenig von Finnland verstehe, so daß ich mir kein Urteil über seine Politik und darüber, ob es gut oder schlecht ist, wenn man sich ihr angleicht, zutraue. Für Fehér und Heller handelt es sich dabei wohl um ein Synonym für weitestgehende außenpolitische Abhängigkeit bei begrenzter innerer Unabhängigkeit. Sei dem wie es sei, mit »Rapallo« haben wir ja ein Beispiel dafür, was uns mit einer »Selbstfinnlandisierung« ins Haus stehen würde. Beschränken wir uns vorerst auf die Entwicklung der 20er Jahre: Wie bereits erwähnt, verhinderte der Rapallo-Vertrag (und auch die geheimen Militärabkommen zwischen Reichswehr und Roter Armee) nicht, daß die deutsche Außenpolitik im Jahre 1925 mit dem Vertrag von Locarno aus sowjetischer Sicht einen Schwenk nach Westen machte und zwar unter dem Außenminister, der als Sprecher der »Ostfraktion« galt, Stresemann. Auch die Annahme des »Dawes-Plans«, schon ein Jahr zuvor, geschah trotz ausdrücklicher Kritik von sowjetischer Seite (vgl. Carr 1954, 107 f.). Und innenpolitisch entwarf der wirtschaftspolitische Sprecher dieser »Ostfraktion«, Stinnes (ebd, 72), eineinhalb Jahre später einen Plan, wie nach einem (richtig prognostizierten) gescheiterten kommunistischen Aufstandsversuch mit Hilfe eines Putsches der (ost-orientierten) Wehrmacht der »Sozialismus als politische Daseinsform in Deutschland für immer beseitigt« werden könne (vgl. Pross 1963, 334 f.). Kurz danach wurde die KPD (allerdings nur für ein halbes Jahr) verboten. Sehr weit her scheint es also mit der aus dem Rapallo-Vertrag folgenden Abhängigkeit nicht gewesen zu sein. Aber, werden Fehér/Heller entgegnen, darin besteht ja gerade der Unterschied: daß die Sowjetunion inzwischen so stark ist, daß ähnlich Folgenloses nicht mehr passieren könnte. Ist sie das? Denke ich noch einmal an Finnland, so macht es mich trotz oder vielleicht auch wegen meiner geringen Kenntnisse stutzig, daß die heute so starke Sowjetunion selbst gegenüber dem wirklich kleinen Finnland noch nicht einmal in der Lage ist, die ihr dort ja wohl am nächsten stehende Kommunistische Partei und deren Mini-Volksfront-Bündnis, den »Demokratischen Bund des Finnischen Volkes«, soweit unter Kontrolle zu halten, daß diese wenigstens nicht die von ihr öffentlich geäußerten Befürchtungen und Wünsche desavouieren (vgl. Beyer 1984).

Will die Sowjetunion ein »neues Rapallo«?

Alles, was bisher vorgebracht wurde, interessiert, nehme ich an, Ferenc Fehér und Agnes Heller nur am Rande. Ihnen geht es vordringlich um die Entwicklungsperspektiven für Osteuropa. Eine Frage, die für ihre Überlegungen dabei zentral sein müßte, die sie aber gar nicht stellen, ist: Will die Sowjetunion tatsächlich ein »neues Rapallo« zu den von ihnen genannten Bedingungen? Aus der Sicht Fehér/Hellers ist diese Frage anscheinend grundsätzlich durch die These beantwortet, das »sowjetische Imperium« sei »strukturell auf Expansion gegründet«. Diese These wird von ihnen nicht weiter ausgearbeitet, sondern nur durch verschiedene Beispiele, die hier nicht im einzelnen diskutiert werden können, illustriert. Betrachtet man die sowjetische Expansionspolitik 1939/40 und 1945, so ist das Bemühen unübersehbar, ihrem Staatsgebilde, dem »Kern des Imperiums«, all jene Gebiete wieder einzugliedern, die zum Imperium der Romanow-Dynastie gehört hatten. Eine wesentliche Ausnahme war in dieser Hinsicht gerade Polen, das als formal souveränen Staat wiederherzustellen nicht nur die Rücksichtnahme auf die Alliierten, sondern wahrscheinlich auch die militärstrategische Überlegung gebot, zwischen Deutschland und der Sowjetunion einen Pufferstaat einzurichten. Gewiß hatte das mit einer Achtung des Selbstbestimmungsrechtes wenig zu tun²², macht aber schon einen Unterschied für die Einschätzung des »sowjetischen Expansionismus«: Ist er globaler Natur oder — hinter dem Deckmantel einer weltrevolutionären Phraseologie — auf begrenzte Ziele ausgerichtet? D.h. auf die Wiederherstellung der »alten Grenzen« des zaristischen Imperiums und jenseits davon die Einrichtung eines »cordon sanitaire« »befreundeter« bzw. kontrollierter Staaten²³. Mir erscheint die zweite Hypothese plausibler, doch kann ich sie in diesem Aufsatz nicht weiter begründen, denn das würde erfordern, die strukturellen Bedingungen sowjetischer Außen- und Militärpolitik zu analysieren, ein Unternehmen, das den gegebenen Rahmen sprengen würde²⁴. Schenken wir Fehér/Heller Glauben, so hätte die Sowjetunion durch ein »neues Rapallo« keine Nachteile zu erleiden, sondern folgendes zu gewinnen:

- »der Westen« würde »machtlos« und stünde einem »feindlichen« Gesamtdeutschland gegenüber;
- ein »Brückenkopf« für weitere »sowjetische Expansion« wäre geschaffen;
- um das »unruhige Osteuropa« wäre ein cordon sanitaire gelegt;
- es bestünden nun die Voraussetzungen für eine völlige »Sowjetisierung« Westdeutschlands;
- der östliche »Apparat« könnte westdeutsche »Effizienz« vereinnahmen, ohne sich reformieren zu müssen;
- der »DDR-Apparat« könnte schalten und walten, wie es dem Politbüro der SED gerade einfällt, während in Westdeutschland Kritiker dieses Arrangements durch einen »neuen McCarthyismus« mundtot gemacht würden.

Es geht bei der Kritik an dieser Vorstellung nicht darum, wie F/H meinen, sie als »Alptraum einer dissidenten Fieberphantasie« zu denunzieren (ein Thema, auf das sie immer wieder zurückkommen, so als ob Phantasie etwas schlechtes wäre), das Problem ist vielmehr, daß diese Vorstellung einfach schlecht durchdacht ist: Beide machen sich über die innere Struktur des »Imperiums« viel zu wenig Gedanken. Daß »Osteuropa« rebellisch sei, wird zwar angenommen, aber was bedeutet das aus der Perspektive des Machterhalts? Gerade wenn diese These stimmen sollte, wäre Expansion wahrscheinlich eines der ungeeignetsten Mittel, um den Problemen beizukommen. Warum? Es geht letztlich nicht um den Machterhalt des »Imperiums« sondern seiner relativ genau lokalisierbaren Spitze: das Politbüro der KPdSU und der Appa-

rat des Zentralkomitees. Gewiß gliedert sich dieser Apparat dann vielfältig auf in Staats- und Parteiorgane, doch die ihn beherrschende Rationalität wird von dieser Spitze bestimmt. Sie hat jetzt schon eine Fülle von Steuerungs- und Kontrollproblemen, die keineswegs erst jenseits der sowjetischen Grenzen beginnen, sondern im Prinzip schon in Moskau, und die mit dem Übergang zu den nicht-russischen Republiken lawinenartig anschwellen (gelegentliche Kampagnen zur »Parteisäuberung«, wie jetzt wieder, dämpfen das Problem nur ein, schaffen es aber nicht aus der Welt). Die gleichen Probleme hat die UdSSR mit den kleineren Warschauer-Pakt-Staaten, wobei sie — im Prinzip seit 1956 — dem durch eine Art Doppelstrategie beizukommen sucht: die Gewährung begrenzter Handlungsfreiheit und strikter Bilateralismus, der ihre Verbindung untereinander möglichst erschwert. Der Grund dafür ist klar: es sollen keine konkurrierenden Machtzentren entstehen (»China« dürfte den sowjetischen Außenpolitikern in dauerhafter Erinnerung bleiben). Was aber würde geschehen, wenn sich die sowjetische Führung die Fehér/Hellerschen Ängste planvoll zu eigen machte und — befördert durch eine politisch blinde Sozialdemokratie — in aller Konsequenz zu realisieren vermöchte? 1. Hätte sie sich Polen einverleibt und damit ein Nationalitätenproblem, das alles, was bisher in dieser Richtung sowjetischen Politikern schon Kopfschmerzen bereitet, weit in den Schatten stellen und darüber hinaus zugleich auch noch fördern würde: ein offener Nationalitätenkonflikt im Westen der UdSSR würde ohne Zweifel stimulierend auf die benachbarten Ukrainer, Letten, Esten und Litauer ausstrahlen. Wie angesichts einer solchen, absehbaren Entwicklung Fehér/Heller zu der Annahme kommen, die »slawischen« Polen könnten als »Gegengewicht« gegen die muslimischen Usbeken, Tataren, Kasachen, Tadziken usw., eingesetzt werden, ist mir ebenso schleierhaft wie diese ganze Problemstellung. 2. Die Vorstellung, daß dann Jugoslawien und Finnland »sowjetisiert« würden, macht die Argumentation nicht besser, handelt es sich dabei doch um zwei Völker, die in der Geschichte bereits bewiesen haben, daß sie über ein beträchtliches Resistenzvermögen gegen sowjetische Anmaßung verfügen. 3. Der größte Brocken aber wäre Deutschland.

Gesetzt den Fall, es würde den Sowjets gelingen, was F/H düster prognostizieren, was wäre das Ergebnis? 1. Hätte die SED geschafft, worum sich die Wirtschaftsreformer des »real existierenden Sozialismus« seit einem Vierteljahrhundert bemühen: die Kombination von Markt und Plan, von kapitalistischer Effizienz und kommunistischem Machterhalt. Wie diese Kombination aber möglich sein soll, darüber werden wir leider nicht aufgeklärt. 2. Dieser dann in der Tat überaus dynamische Wirtschaftsblock träfe innerhalb des RGW auf Volkswirtschaften, die bisher vom Weltmarkt (mit Ausnahme Ungarns) sorgfältig abgeschirmt waren, weil sie dort nicht konkurrenzfähig sind, und brächte dessen Standards in den RGW ein. Gewiß könnte er sich auf RGW-Ebene nur begrenzt über den Markt durchsetzen, vieles müßte durch politische Entscheidungen geklärt werden. 3. Auf der politischen Ebene hätten sowjetische Strategien, die solches konzipierten, eine wahre »Meisterleistung« vollbracht (die jener Stalins von 1939 fast ebenbürtig wäre): nicht nur hätten sie, was sie mit gutem Grund seit 1944 zu revidieren suchten, erneut eine gemeinsame Grenze mit Deutschland, sondern sie hätten dieses Deutschland auch so stark gemacht, daß dagegen die heutige DDR, die nach dem Niedergang Polens bereits jetzt die zweitgrößte RGW-Wirtschaftsmacht ist, wie ein blasser Schatten aussehen würde: Ein Wirtschaftskoloß, dessen Industrieproduktion diejenige der UdSSR fast erreichen würde, mit einem Lebensstandard, der weit höher wäre als in der Sowjetunion²⁵, in seinem größeren Teil zudem noch nicht einmal durch eine — mehr oder weniger verlässliche — »Bruderpartei« regiert. Es liegt auf der Hand, an wem sich die kleineren RGW-Staaten nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen, sondern — wenn Fehér/Heller

Recht haben — auch aus kulturellen und historischen Gründen orientieren müßten. Ich meine, daß die Entwicklungshilfe, die dieses Deutschland dann der UdSSR gewähren könnte, nur ein schwacher Trost für den Verlust sowjetischer Hegemonie wäre²⁶. Sollte die sowjetische Führung in einem selbstzerstörerischen Wahn um den Zerfall ihres eigenen »Imperiums« bemüht sein, so fände sie bei Fehér/Heller eine passable Handlungsanleitung. 4. Der weltpolitische Effekt einer solchen Entwicklung wäre schwerlich, daß sich die USA gekränkt vom Kontinent zurückzögen, sondern es wäre weit wahrscheinlicher, daß sich die »westeuropäischen« Staaten von Skandinavien bis zur Türkei noch weit enger um sie als Führungsmacht scharen würden — keineswegs »machtlos«, sondern viel eher bereit, innere Differenzen zurückzustellen und ihr insgesamt überlegenes Wirtschaftspotential in den Dienst verstärkter Aufrüstung zu stellen.

In der Argumentation von Fehér/Heller ist noch ein weiteres Problem enthalten: Wenn selbst ein Land von der Größe und dem wirtschaftlichen Entwicklungsniveau der Bundesrepublik bei einer Lockerung seiner Beziehungen zum »Westen« zwangsläufig dem »sowjetischen Imperium« anheimfallen muß, wäre in der Tat jede Hoffnung auf eine Entzerrung der Blöcke und auf mehr ost- wie westeuropäische Handlungsfreiheit vergebens. Daß dies eine düstere Perspektive wäre, ist sicherlich kein Gegenargument, denn manchmal sind ja gerade die größten Pessimisten die klarsten Realisten. Aber, hier setzt mein Einwand an, eine solche Sichtweise wirkt sich höchst hinderlich auf die Entfaltung politischer Phantasie aus, denunziert denkbare Ansatzpunkte zu einem Prozeß der »Europäisierung Europas« (P. Bender) und versperrt den Blick auf vielleicht jetzt schon vorhandene Möglichkeiten, ihn zu befördern.

Zum Verhältnis von Friedensbewegung und osteuropäischer Emanzipation

Es steht zu befürchten, daß sich am strukturellen gesellschaftspolitischen Status quo Osteuropas in absehbarer Zeit nichts ändern wird, weil jede qualitative Veränderung letztlich an einem sowjetischen Einspruch scheitern dürfte. Dem steht die berechtigte Forderung der osteuropäischen demokratischen Opposition gegenüber, in ihren Ländern nicht weniger bürgerlich-demokratische Rechte zu genießen als die, die in den westeuropäischen Ländern bereits vorhanden sind.

Die Situation scheint ausweglos. György Konrad (1985, 54) hat dazu geschrieben: »Eine Revolution kann uns nicht ans Ziel bringen. Stufenweise Reformen können uns nicht ans Ziel bringen. Ein dritter Weltkrieg kann uns nicht ans Ziel bringen. Gibt es nichts, was uns ans Ziel bringen könnte? Ich sehe keinen anderen Weg als folgenden: Europa muß jetzt den beiden Großen vorschlagen, sich vom Eisernen Vorhang zurückzuziehen.« Obwohl ich — in Differenz zu Konrad — die aktuelle Gefährdung des Weltfriedens nicht in erster Linie auf die Folgen von »Jalta« zurückführe, kann ich dem Gedanken zustimmen, daß ein solcher Rückzug der beiden »Supermächte« eine notwendige Voraussetzung staatsbürgerlicher Emanzipation in Osteuropa wäre. Da ich, anders als Fehér und Heller, die sowjetische Präsenz in den Randstaaten nicht einem dem sowjetischen System wesenseigenen »Expansionsimus« zuschreibe, sondern der rücksichtslosen Durchsetzung eigener Sicherheitsinteressen, sehe ich eine zumindest kleine Chance für die Realisierung dieser Vision. Sie ist dann gegeben, wenn dieser Rückzug auch der Sowjetunion ein Mehr an Sicherheit bringt. Die Verringerung der direkten Konfrontation der beiden »Supermächte« und eine Umrüstung der westeuropä-

ischen (und der mitteleuropäischen) Armeen, der sie zu einem Angriff »in die Tiefe« unfähig macht, durchaus aber die Fähigkeit bewahrt, das eigene Territorium zu verteidigen, könnte auch aus sowjetischer Sicht wünschenswert sein, ohne daß es die westliche Seite einem unzumutbaren Risiko aussetzt.

Dem steht aber nicht nur die Angst vor der »sowjetischen Bedrohung«, die in der Bundesrepublik im letzten Jahrzehnt kaum geringer geworden ist,²⁷ entgegen, sondern auch die Annahme der westeuropäischen Machteliten, daß sie auf die militärischen Fähigkeiten der USA in anderen Weltregionen angewiesen bleiben (vgl. Kaiser u.a. 1981). Doch setzt hinsichtlich der Weltmachtrolle der USA ein Umdenken ein, das sich eher von der gesellschaftlichen Basis her formt und in den oben zitierten Neutralitätsvorstellungen seinen Niederschlag findet. Daß auch auf der anderen Seite der Systemgrenze größere Unabhängigkeit von der dortigen Führungsmacht angestrebt wird, ist sehr wahrscheinlich. Dabei beschränkt sich dieser Wunsch nicht nur auf kleine oppositionelle Zirkel oder auch eine Bewegung wie Solidarność, sondern beginnt sich auch in der offiziellen Politik der herrschenden Partei-Staaten zaghaft zu äußern. Das letzte Indiz in dieser Hinsicht war der Konflikt zwischen den politischen Führungen Ungarns, Rumäniens und der DDR auf der einen Seite mit Teilen der sowjetischen und der tschechoslowakischen Führung auf der anderen Seite über eine begrenzte Entspannung auf europäischer Ebene, teilweise abgekoppelt von der Konfrontation USA/UdSSR. Wenn die Zeichen nicht trügen, gibt es in der neuen sowjetischen Führung unter Gorbachev größere Bereitschaft, statt in einem bipolaren in einem multipolaren Weltbild zu denken²⁸. Ganz aussichtslos ist diese Perspektive deshalb nicht und die Anstrengungen der bundesdeutschen Friedensbewegung stehen in diesem Punkt zwar vielfach in subjektivem, nicht aber in objektivem Gegensatz zu den Zielen der osteuropäischen Bürgerrechtsbewegung.

Das Problem wäre allerdings auch dann noch nicht gelöst, wenn ein solcher Rückzug von Seiten der UdSSR angestrebt würde. Erstens würde sich die Sowjetunion gewiß nicht zurückziehen, wenn das die »Konterrevolution« in ihren Randstaaten wahrscheinlich machen würde. Zum zweiten verdanken zwar die »realsozialistischen« Systeme zum größten Teil ihre Entstehung, schwerlich aber ihre fortdauernde Existenz allein der Präsenz sowjetischer Panzer. Dabei ist denkbar, daß größere Unabhängigkeit von der Sowjetunion die innere Stabilität dieser Staaten sogar festigen würde. Daß sich diese Herrschaftssysteme selbst abschaffen würden, wäre ein historisches Novum, für das es keine Anzeichen gibt. Das bedeutet aber nicht notwendig, daß das soziopolitische System keinerlei Wandlungen unterworfen wäre. Ich weiß nicht, ob Fehér/Heller ernsthaft behaupten würden, daß es zwischen Ungarn 1959 und Ungarn 1985 keine wesentlichen Unterschiede gibt. Ihre Bemerkungen zur DDR in den 70er Jahren legen allerdings eine solche Interpretation zumindest nahe²⁹. Man kann die Lage so sehen, die Sichtweise ist letztlich eine Frage der Kriterien; legt man ein grobes Raster an, dann fallen sogar die Unterschiede zwischen dem sowjetischen Stalinismus der 30er Jahre und der heutigen Situation unter den Tisch. An der institutionell abgesicherten Führungsrolle der Partei, dem politischen Interpretationsmonopol des Marxismus-Leninismus und der zentralen Planung des Staatseigentums hat sich seither in der Tat grundsätzlich nichts geändert. Mindestens ebenso bedeutsam aber scheint mir das Ende des Massenterrors, des »Klassenkampfes von oben« in allen gesellschaftlichen Bereichen und die Einschränkung eines allumfassenden und alles durchdringenden ideologischen Führungsanspruchs durch einen »monolithisch« gedachten Marxismus-Leninismus-Stalinismus. Es gibt Wandlungsprozesse, die unsere Aufmerksamkeit verdienen und die sich zusammenfassen lassen als Ansätze zu einer Rückdrängung und Rücknahme des Kontroll- und Regulierungsanspruchs des Partei-

Staates gegenüber der Gesellschaft. Es nimmt die Einsicht zu, daß die Gesellschaft nicht wie ein autoritär geführter Kindergarten gegängelt werden kann. Die Fortschritte, die dabei erzielt worden sind, geben keinen Anlaß zur Euphorie und sie sind eher technokratischen Interessen als demokratischer Einsicht zu verdanken. Aber trotzdem macht es einen Unterschied: Wenn in Jugoslawien die gesellschaftspolitischen Differenzen in der Führung des Bundes der Kommunisten nicht mehr nur hinter den verschlossenen Türen des ZK-Gebäudes, sondern auch in aller Öffentlichkeit ausgetragen werden. Wenn in Ungarn ein halblegaler Literatur- und Zeitschriftenmarkt entstehen kann, dessen Aktivisten zwar gelegentlich Repressionen ausgesetzt sind, der aber doch nicht ernsthaft unterbunden wird. Wenn in der Sowjetunion gesellschaftswissenschaftliche Kontroversen, in denen es um entscheidende Fragen der weiteren Entwicklung geht, wenigstens zeitweilig öffentlich ausgetragen werden können. Wenn in Polen auch zweieinhalb Jahre nach der Ausrufung des Kriegsrechts noch eine ziemlich intakte Gegenkultur existiert. Wenn in der DDR um die evangelische Kirche, in der Umweltbewegung, in der Literaturszene und in der Frauenbewegung Ansätze zu unreglementierten Diskussionen entstehen, Diskussionen, die aus den »Nischen« privater Freundeskreise hinaustreten. Wenn Christa Wolffs »Kassandra« veröffentlicht werden kann und György Lukacs und Ernst Bloch enttabuisiert werden. Ich weiß, all das ist wenig, viel zu wenig. Noch immer bekommen Menschen wegen ihrer politischen Überzeugung Berufsverbot oder werden eingesperrt. Noch immer maßt sich ein kleiner Kreis hauptamtlicher Parteifunktionäre das Monopol gesamtgesellschaftlicher Entscheidungsfindung an. Noch immer unterliegt die staatliche Bürokratie keiner gesellschaftlichen Kontrolle. Noch immer besteht die Gefahr, daß das wieder zurückgenommen wird, was an begrenzter »Liberalisierung« erreicht worden ist (bzw. bleibt, was im polnischen »Normalisierungsprozeß« erfolgreich ist). Aber trotzdem scheint mir dies auf absehbare Zeit die einzige Möglichkeit zu sein: Immer neuen — mehr oder weniger bescheidene — gesellschaftliche Freiräume zu erkämpfen, ohne die politische Machtfrage zu stellen. Ich weiß nicht, wie Fehér und Heller in diesem Punkt denken. Ich möchte jedenfalls nicht von meinem sicheren Westberliner Schreibtisch aus zur »Revolution« aufrufen. Nicht nur weil die Chancen für einen Erfolg minimal scheinen, sondern auch weil die Kosten einer Niederlage enorm wären. Wie die »Normalisierung« in der ÖSSR gezeigt hat, bestehen sie in der tiefgreifenden politischen Demoralisierung zumindest einer politischen Generation und in der Zerstörung all jener gesellschaftlichen Freiräume, die zuvor das Leben kulturell wenigstens erträglich gemacht haben.

Fehér und Heller schließen ihren Artikel mit der Frage: *»Was kann ein Osteuropäer den Deutschen empfehlen?«* Bei ihrer Antwort haben sie den wichtigsten Punkt meines Erachtens vergessen: zuallererst ist »den Deutschen« zu empfehlen, die polnische Westgrenze nicht in Frage zu stellen. Ich denke, daß die Diagnose von Adam Michnik hinsichtlich der wahrscheinlichen Folgen einer anderen Politik, völlig zutreffend ist. Darüber hinaus meine ich, daß eine Ausdehnung der Konfrontationspolitik der USA auf Westeuropa verbunden mit dem — etwa von Vizepräsident Bush in Wien propagierten — Vorhaben, einzelne osteuropäische Staaten herauszubrechen und dem »westlichen Lager« zuzuschlagen, nicht nur äußerst gefährlich und zum Scheitern verurteilt wäre, sondern bereits jeder derartige Versuch das gerade Gegenteil des vorgeblichen Ziels bewirken würde: eine noch engere Anbindung dieser Staaten an die sowjetische Hegemonialmacht.

Doch das ist Regierungspolitik — den Alternativen, Linken und Friedensbewegten ist anzuraten, die Fehér/Hellersche Mahnung *»an die moralische Pflicht der Solidarität mit der in Opposition kämpfenden osteuropäischen Demokratie«* ernst zu nehmen, auch wenn über die je-

weils einzuschlagenden Wege Dissens besteht. Fatal wäre es allerdings, wenn sich die bundesdeutsche Linke, nachdem Anfang der 70er Jahre der Versuch, die Arbeiterklasse zu missionieren, fehlgeschlagen ist, nun mit einem ähnlichen Impetus dem Osten zuwenden würde. Was sie machen kann, ist zu versuchen, einen kleinen Beitrag zur Emanzipation der Gesellschaft vom Partei-Staat zu leisten. Voraussetzung dafür ist, daß sie die Differenzierungsprozesse, die dort stattfinden, überhaupt erst einmal zur Kenntnis nimmt — und zwar nicht nur die in der Opposition, sondern auch die im Machtgefüge selbst. An den Diskussionen, die da ablaufen, sollte sie sich beteiligen, Kontakte auf allen Ebenen herstellen und Erfahrungen und Perspektiven einbringen. Wo die Repression einzelne Oppositionelle trifft — wie jetzt wieder im Falle Adam Michniks — hat sie die Pflicht, sehr deutlich Position zu beziehen und alle brauchbaren Mittel und Wege zu nutzen, um ihn freizubekommen.

Ich bin nur mit wenigen Argumenten einverstanden, die Ferenc Fehér und Agnes Heller in dieser Schrift vorgetragen haben und stehe damit in der bundesdeutschen Linken sicher nicht allein — gerade deshalb sollte die Diskussion fortgesetzt werden. »Europa« darf auch in den Köpfen nicht an der Systemgrenze enden.

Anmerkungen

- 1 Ich bin mir dessen bewußt, daß die Ergebnisse von Meinungsumfragen Theoretiker schwerlich überzeugen können, die eigene Umfragen (Agnes Heller in den 60er Jahren zu den in Ungarn »verhaßtesten« anderen Nationen) in einem Atemzug als »methodologisch überzeugend« qualifizieren und — weil ihnen die Ergebnisse nicht in den Kram passen (besonders »verhaßt« waren Rumänen und Serben) — dann ohne Begründung etwas ganz anderes behaupten: »faktisch sind sie (»die Russen«) jedoch immer die Verhaßtesten«. Wo die Idiosynkrasien von Theoretikern zur Ignoranz gegenüber ihren eigenen Arbeiten führt, ist schwerlich Respekt vor den Ergebnissen anderer zu erwarten.
- 2 »Jahrbuch«, S. 334. 1965 war dieser Anteil extrem hoch, 1960 hatten 38 %, 1970 13 % die Wiedervereinigung genannt.
- 3 »EMNID-Informationen«, 1983/8-9, S. 15-18, A20-A22.
- 4 »EMNID-Informationen« 1984/3-4, S. 8 f., A1-A3.
- 5 Bei der zuvor zitierten Erhebung war auch noch nach der Erwartungshaltung gefragt worden: »Rechnen Sie damit, daß die Trennung zwischen der DDR und der Bundesrepublik in absehbarer Zeit fortfällt und wieder ein gemeinsames Deutschland entsteht?« Darauf antworteten 1983 2 % mit »ja, sicher«, 5 % mit »ja, vermutlich«, mit »nein« aber 60 % (a.a.O. 1983/8-9, S. 15), bei den Anhängern der »sonstigen Parteien«, vornehmlich der Grünen also, waren es sogar 87 %, die restlichen 13 % mit »ungewiß«, keiner mit »ja« (ebd. S. A19).
- 6 E. Noelle-Neumann, »Ein Lehrstück im Kampf um Westeuropa«, in: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« 28. 6. 1985, S. 12.
- 7 Für die Umfrage von 1983 wurden auch Altersgruppen und Parteipräferenzen angegeben. Am meisten Stimmen erhielt die Option »weiter eng an der Seite der USA stehen« in den Altersgruppen der 30-44-jährigen (44 %) der 45-59-jährigen (52 %) und der über 60-jährigen (56 %) sowie von den Anhängern der CDU/CSU (67 %).
Die Variante »mit den Staaten der Europäischen Gemeinschaft eine eigene Politik betreiben« erhielt bei den Anhängern der FDP (51 %) mehrheitlichen Zuspruch. Für »eine Politik der Neutralität zwischen den Großmächten in Ost und West« sprach sich die Altersgruppe der 16-29-jährigen (44 %) und die politischen Anhänger der SPD (47 %) und der Grünen (71 %) aus. »Jahrbuch« S. 615.
- 8 Als »Anhänger der Friedensbewegung« bezeichneten sich im Dezember 1982 32 % der bundesdeutschen Bevölkerung (als Aktive 3 %). Nach Altersgruppen verteilten sie sich folgendermaßen: bei den 16-19-jährigen 51 %, bei den 30-44-jährigen 32 % und bei den über 45-jährigen 22 %. Ebd. S. 645.

- 9 1982 erklärten 36 % der bundesdeutschen Bevölkerung, sie hätten noch persönliche Kontakte in die DDR (ebd. S. 208).
- 10 »United States. Military Posture. An Overview by General David C. Jones, USAF, Chairman of the Joint Chiefs of Staff for Fiscal Year 1981«, in vollständiger deutscher Übersetzung in »Militärpolitik Dokumentation. Extra 2«, Frankfurt/M. o.J., S. 134-145, hier: S. 135.
- 11 Vgl. den Bericht von US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger an den Kongreß, Anfang 1982 (n. »Der Tagesspiegel« 9. 2. 1982).
- 12 Vgl. K. Kaiser u.a. 1981. Der bundesdeutsche Teilnehmer an dieser »Direktorenstudie«, in der es um die Absicherung militärischer Interventionen der USA zur Gewährleistung der Rohstoffzufuhr aus der »Dritten Welt« geht, Karl Kaiser, ist der Kronzeuge von Fehér/Heller für den »Nationalismus« der SPD und der Friedensbewegung.
- 13 Vgl. »Gesegnet wie Hitler. Spiegel-Autor Wilhelm Bittorf über die 'Air Land Battle' in den Köpfen amerikanischer Offiziere«, in: »Der Spiegel« 1985/21, S. 63-79.
- 14 Vgl. zur Geschichte des Vertrags von Rapallo: Blücher 1951; Carr 1954; Carr 1966, S. 305-380; Helbig 1958; Linke 1970
- 15 Die französische Diplomatie versuchte auf der Konferenz, die russischen Reparationsforderungen an Deutschland zu aktivieren. Deren Bezahlung sollte dann als Entgelt für die zaristischen Schulden an Frankreich gehen. Vgl. Helbig 1958, S. 91 f.
- 16 Der Vertragstext ist bei Helbig, S. 79-81, wiedergegeben: vgl. Carr 1954, S. 86.
- 17 Die von Fehér/Heller zitierte, skandalöse Äußerung des damaligen Reichskanzlers Wirth ist durch Aufzeichnungen des späteren deutschen Botschafters in Moskau, von Brockdorff-Rantzau, festgehalten worden (Unterredung am 24.7.22). Öffentlich hat sich Wirth meines Wissens nie so geäußert: vgl. die allerdings nicht vollständige Sammlung seiner Reden zur Ostpolitik: Wirth 1983.
- 18 Die ethnische Grenze hatte in etwa der von Westmächten festgelegten »Curzon-Linie« entsprochen. Durch den Frieden von Riga wurde die polnische Grenze ca. 150 km ostwärts verschoben, wodurch dem polnischen Staat ein Gebiet zufiel, »in dem drei bis acht Millionen Ukrainer und eine bis zwei Millionen Weißrussen lebten.« (Seton-Watson 1948, S. 370 f.) Vgl. auch Hoensch 1983, S. 257.
- 19 Eine Zusammenfassung des Versailler Vertrags findet sich bei Heiber 1966, S. 52 ff., zu Brest-Litovsk s. Carr 1966, S. 39 f.
- 20 »Gemeinsames Kommuniqué über das Treffen von Bundeskanzler Helmut Schmidt mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR und Generalsekretär des ZK der SED Erich Honecker«, in: »Deutschland Archiv« 1982/2, S. 201-204.
- 21 »Pressekonferenz des Bundeskanzlers«, ebd. S. 214.
- 22 Schlagend wurde das im Falle Polens dadurch dokumentiert, daß zum Verteidigungsminister und Oberbefehlshaber der polnischen Streitkräfte der Marschall der Sowjetunion Konstantin Konstantinovič Rokosovskij ernannt wurde. »Rokosowskij unterstand nicht der Kontrolle polnischer Stellen, sondern er empfing seine Order direkt aus Moskau.« Hoensch 1977, S. 83. Rokosovskij, der Befehlshaber jener sowjetischen Truppen gewesen war, die im August/September 1944 die Niederschlagung des Warschauer Aufstands durch deutsche Truppen untätig geschehen ließen, versah sein Amt von 1949 bis 1956. Dann wurde er, als sein Anerbieten, die »konterrevolutionären Kräfte mit Waffengewalt zu unterdrücken«, von Chrusčev abgelehnt worden war, zurück in die Sowjetunion beordert (Nekrich 1985, S. 224).
- 23 F/H argumentieren dagegen: »Der 'cordon sanitaire', so wie wir ihn verstehen, hat überhaupt keine militärische Bedeutung. Es gibt im Westen keine 'Regionalmächte', die sich mit der UdSSR messen könnten.« Diese Behauptung würde, glaube ich, keinen sowjetischen Militär überzeugen, denn F/H vergessen dabei, daß diese »Regionalmächte« Mitglieder eines außerordentlich starken Militärbündnisses sind, dessen Führungsmacht selten einen Hehl aus seiner prinzipiellen Gegnerschaft zur UdSSR gemacht hat. Zudem ist das sehr unhistorisch gedacht.
- 24 Ein neben dem »cordon sanitaire« in Osteuropa für sich zu analysierendes Problem ist das Engagement der UdSSR in der »Dritten Welt«, das — so wird häufig behauptet — mit der These vom sowje-

tischen »Sicherheitsbedürfnis« nicht erklärbar wäre. Ich halte diese Annahme für zweifelhaft und will knapp eine Gegenargumentation skizzieren: 1. Das Grundaxiom sowjetischer außenpolitischer Theorie ist, daß sich die UdSSR zu den westlichen Gesellschaften nicht nur in einem staatlichen Konkurrenzverhältnis, sondern auch in einem Systemgegensatz befindet, der, solange es Sozialismus und Kapitalismus gibt, nicht aus der Welt zu schaffen ist. Gefährlich wird die Lage für die Sowjetunion dann, wenn sich die kapitalistischen Länder (vielleicht gar noch unter Einbeziehung der VR China) gegen sie zusammenschließen sollten. Sie muß deshalb Widersprüche in der kapitalistischen Welt, die verhindernd, daß der Systemgegensatz aus der Sicht dieser Staaten zum dominierenden Prinzip der internationalen Politik wird, der sie ihre Interessendivergenzen unterordnen, nach Kräften fördern. Diese Sichtweise ist nicht nur theoretisch bestimmt. In sie gehen auch die Erfahrungen von 1918-1920 und der zweiten Hälfte der 30er Jahre ein. Durch den II. Weltkrieg wurde sie zum Trauma. 2. Seit Ende der 40er Jahre ist die UdSSR mit einer globalen containment-Politik der USA konfrontiert. Ein Blick auf eine Weltkarte, auf der die Militärstützpunkte der USA verzeichnet sind, zeigt das. Hinzu kommt, daß seit Indienstnahme der »Polaris-U-Boote« Mitte der 50er Jahre faktisch alle Weltmeere zum potentiellen Schauplatz eines Krieges zwischen USA und UdSSR geworden sind. Die Globalisierung sowjetischer Außen- und Militärpolitik, die Mitte der 50er Jahre einsetzt, ist vor allem eine Antwort auf diese veränderte Konstellation. 3. Ein weiterer Blick auf die Weltkarte zeigt, daß die UdSSR schon aufgrund ihrer geographischen Gegebenheiten bemüht sein muß, die Präsenz ihrer Marine auf den Weltmeeren durch Stützpunkte in »befreundeten« Staaten abzusichern. Sie war in diesem Punkt nicht sonderlich erfolgreich. Solche Beziehungen bedürfen der politischen und wirtschaftlichen Absicherung und in diesem Bereich sind die Möglichkeiten der UdSSR recht gering. Selbst dort, wo ähnlich strukturierte Systeme etabliert werden, ist — wie China demonstriert — das noch keinerlei Garantie für dauerhafte »Freundschaft«. 4. Die inneren ökonomischen Potentiale der UdSSR für eine solche »Expansion« sind sehr begrenzt. Um die Kette der Fordernden nicht endlos werden zu lassen, nimmt die UdSSR inzwischen gegenüber sozialistischen Experimenten in unterentwickelten Ländern eine eher zögernde Haltung ein. 5. Dort, wo statt beiderseitiger Rüstung und militärischer Präsenz eine Entmilitarisierung möglich wäre, scheint die UdSSR inzwischen eine solche Politik vorzuziehen. So hat sie sich nach sechsjährigem Überlegen dem Vorschlag der UN-Vollversammlung, die Region Indischer Ozean zu einer »Zone des Friedens« zu erklären, in der keine auswärtigen Militärmächte präsent sein dürfen, Ende 1977 angeschlossen, während die USA diese Konzeption weiterhin schroff ablehnen.

- 25 Genau ist diese Differenz nur sehr schwer zu bestimmen. Einen ungefähren Anhaltspunkt bietet das Bruttosozialprodukt pro Kopf, das 1980 in der UdSSR bei 4 550 Dollar, in der DDR bei 7 180 und in der BRD bei 13 590 Dollar lag (»Der Fischer-Weltalmanach '84«).
- 26 Die pauschale Behauptung, Wirtschaftsreformen seien »entweder leere Worte geblieben oder katastrophal gescheitert«, scheint mir angesichts des Umstands, daß die sowjetische Industrieproduktion von 1965 (dem Jahr der Wirtschaftsreform) bis 1981 auf das 2,7fache gestiegen ist und das Bruttosozialprodukt zwischen 1965 und 1982 eine durchschnittliche jährliche Steigerungsrate von 4,3 % aufweist, etwas zu prononciert formuliert. Richtig ist, daß die strukturellen Probleme geblieben sind und daß ihre Bedeutung zunimmt. Die Außenhandelsstrategie, die F/H als Ersatz für eine weitergehende Wirtschaftsreform betrachten (Rohstoffe und Agrarprodukte gegen Investitionen und Industrieprodukte), kann schon deshalb nicht funktionieren, weil die Sowjetunion gerade im landwirtschaftlichen Bereich und in der extraktiven Industrie besonders große Probleme hat. An einer inneren Reform führt kein Weg vorbei. An sowjetischen Agrarexporten ist »Westeuropa« im übrigen schlicht desinteressiert.
- 27 »Von Rußland bedroht« fühlten sich 1952 66 % der Bundesbürger, 1971 28 %, 1979 35 % und 1980 (nach dem Einmarsch in Afghanistan) wieder 44 %. (»Jahrbuch« S. 626).
- 28 Vgl. etwa den Bericht des PCI-Funktionärs Cervetti über seine Unterredung mit Gorbatschow im Mai dieses Jahres, n. H.-J. Fischer, »Ihre Hoffnung heißt Gorbatschow. Die italienischen Kommunisten schauen auf Moskau«, »Frankfurter Allgemeine Zeitung« 26.6.85, und C. Schmidt-Häuer, »Neue Ansätze in der Moskauer Europapolitik«, »Die Zeit« 14.6.85, S. 6.

- 29 Die »neue Ostpolitik« war, schreiben F/H, unter dem Kriterium »der Freiheit (der Demokratie)... ein totaler Versager. Es wurde keine nennenswerte Liberalisierung der DDR erreicht oder auch nur gefordert, nicht einmal in der Form des innerdeutschen Verkehrs ...« Letztere Behauptung ist nachprüfbar falsch: nicht nur hat die Anzahl von Reisenden aus der BRD in die DDR nach dem Inkrafttreten des »Grundlagenvertrags« (Juni 1973) um über 40 % zugenommen und erheblich mehr DDR-Bürger konnten in die Bundesrepublik fahren (nicht nur Funktionäre sondern auch zu »dringenden Familienangelegenheiten«), sondern vor allem ist für die Westberliner überhaupt erst wieder die Möglichkeit geschaffen worden, regelmäßig in den Ostteil der Stadt zu fahren (vgl. »DDR-Handbuch«, Köln 1985, S. 634 f.). Es sei denn, sie stünden auf den »schwarzen Listen« des Ministeriums für Staatssicherheit — die sind in den letzten Jahren erheblich umfänglicher geworden, ergänzt vor allem durch »Grüne«, »Alternative«, »Friedensbewegte«.

Literatur

- Beyer, Hermann 1984: »Finnlands Kommunisten vor großen Problemen. Die finnische KP und die Parlamentswahlen von 1983«, in: »Osteuropa« 34/1984/5, 352-364
- Carr, Edward Hallett 1954: »Berlin — Moskau. Deutschland und Russland zwischen den beiden Weltkriegen«, Stuttgart 1954
- Carr, Edward Hallett 1966: »A History of Soviet Russia. The Bolshevik Revolution, 1917-1923«, vol. 3, Harmondsworth 1966
- Carr, Edward Hallett 1969: »A History of Soviet Russia. The Interregnum 1923-1924«, Harmondsworth 1969
- Carsten, Francis L. 1964: »Reichswehr und Politik 1918-1933«, Köln/Berlin 1964
- »DDR-Handbuch«, Wissenschaftliche Leitung: Hartmut Zimmermann unter Mitarbeit von Horst Ulrich und Michael Fehlauer, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Köln 1985, 2 Bde.
- Fehér, Ferenc/ Heller, Agnes 1984: »Osteuropa unter dem Schatten eines neuen Rapallo«, Forschungsprojekt 'Krisen in den Systemen sowjetischen Typs', Studie Nr. 6, Köln o.J. (ungekürzte Fassung)
- Heiber, Helmut 1966: »Die Republik von Weimar«, München 1966
- Helbig, Herbert 1958: »Die Träger der Rapallo-Politik«, Göttingen 1958
- Hoensch, Jörg K. 1977: »Sowjetische Osteuropa-Politik 1945-1975«, Kronberg/Ts. 1977
- Hoensch, Jörg K. 1983: »Geschichte Polens«, Stuttgart 1983
- Jahrbuch 1984: »Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978-1983«, Bd. VIII, hrsg. von Elisabeth Noelle-Neumann und Edgar Piel, München u.a. 1983
- Kaiser, Karl /Lord, Winston /de Montbrial, Thierry /Watt, David 1981: »Die Sicherheit des Westens: Neue Dimensionen und Aufgaben«, Arbeitspapiere zur Internationalen Politik 16, Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., Bonn 1981
- Konrád, György 1985: »Antipolitik. Mitteleuropäische Meditationen«, Frankfurt 1985
- Linke, Horst Günther 1970: »Deutsch-sowjetische Beziehungen bis Rapallo«, Köln 1970
- Michnik, Adam 1984: »Zwischen Rußland und Deutschland«, in: »Kultura« (Paris), Herbst 1984, 33-49
- Mosse, Georg L. 1976: »Die Nationalisierung der Massen. Von den Befreiungskriegen bis zum Dritten Reich«, Frankfurt u.a. 1976
- Nekrich, Alexander 1985: »Geschichte der Sowjetunion. Bd. II: 1940-1980«, zus. mit Michail Heller, Frankfurt 1985
- Pietrow, Bianca 1982: »Sicherheitspolitik und Industrialisierung. Die sowjetische Deutschlandpolitik 1939 bis 1941«, in: Gernot Erler /Walter Süß (Hrsg.), »Stalinismus. Probleme der Sowjetgesellschaft zwischen Kollektivierung und Weltkrieg«, Frankfurt u.a. 1982, 188-219
- Pross, Harry 1963: »Die Zerstörung der deutschen Politik. Dokumente 1871-1933«, Frankfurt 1963

Seton-Watson, Hugh 1948: »Osteuropa zwischen den Kriegen 1918-1941«, Paderborn 1948
 Weber, Max 1976: »Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie«, 5. Aufl., Tübingen 1976
 Wirth, Josef 1980: »Die unterlassene Ehrung des Reichskanzlers Josef Wirth. Blüten eines provinziellen Antikommunismus. Ein dokumentarisches Lesebuch«, hrsg. von Gernot Erler und Karl-Otto Sattler, Freiburg i.B. 1980

DAS BUCH ZUR POLITISCHEN WENDE IM BETRIEB
 - Am Beispiel BMW -

Mit Beiträgen von Hans-Hermann Hertle, Wolf-Dieter Narr, Frank Steger, Bodo Zeuner und Solidaritätskomitee für die entlassenen BMW-Gewerkschafter.

BESTELLADRESSE (gegen 7,-DM Vorkasse) :

Bundesrep.: Klaus Vack, An der Gasse 1,
 6121 Sensbachtal
 (Psychto.Ffm Nr. 391881-600, Kennwort "Gekaufte Vernunft")
Berlin : Solidaritätskomitee, c/o
 Bodo Zeuner, Habelschwerdter
 Allee 10, 1000 Berlin 33
 (Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Kto.Nr.: 200 664 0701,
 Kennwort "Gekaufte Vernunft")

... UND IN ALLEN BUCHHANDLUNGEN !!!

Gekaufte Vernunft

Ein Lehrstück über Demokratie
 und Meinungsfreiheit bei BMW



Herausgegeben von Komitee für Grundrechte und Demokratie
 und Solidaritätskomitee für die entlassenen BMW-Gewerkschafter

Mai 1985 - Preis sieben Mark

UNITOPIA

Zeitschrift für
 radikale Hochschulpolitik

*Gerade das revolutionäre
 Interesse
 mit der Kenntnis
 wie schlecht die Welt ist
 mit der Erkenntnis
 wie gut sie als eine andere
 sein könnte
 braucht den Tagtraum
 der Weltverbesserung
 (Ernst Bloch)*

UNITOPIA erscheint 4 mal im Jahr mit In-
 formationen, Analysen und Berichten
 aus der universitären Linken und den
 grün-alternativen Basisgruppen (Abo-
 preis 8 DM + Porto)

Bezug:
 UNITOPIA Postfach 10 01 91 5 Köln 1